

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Poststempelgeld vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18698.

Zinsen lösen die 7 gesparte Politzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Platzvorschiff 35 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verlegen von Prospekten ist bei der Gesamtanslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teillösung 5.— M. — Schluss der Annahme von Zinsen für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Zinsen-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Schwere Kämpfe in Flandern.

Das Friedensprogramm der russischen Demokratie.

Die vor kurzem telegraphisch gemeldeten Richtlinien des Zentralen Exekutivkomitees der russischen Arbeiter- und Soldatenräte für seinen Delegierten zur Pariser Ententekonferenz, auf die die Norddeutsche Allianz, Btg. am 22. Oktober ihre belastete Antwort veröffentlichte, liegen jetzt in den soeben eingegangenen Petersburger Arbeiterblättern im Wortlaut vor. Da sie bei der telegraphischen Wiedergabe stark gekürzt und entstellt mitgeteilt worden sind, bringen wir nachstehend den genauen Text dieses wichtigen Dokuments:

„Das Zentralen Exekutivkomitee hat nachstehende Richtlinien angenommen, an denen sein Delegierter bei seiner Mission festhalten muss.“

Der neue Vertrag muß über die Frage der Kriegsziele entscheiden. Der Vertrag muß aufgebaut sein auf dem Grundsatz: „Friede ohne Annexions- und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker“.

Territoriale Fragen: 1. Eine unbedingte Voraussetzung des Friedens ist die Räumung der besetzten Gebiete Russlands durch die deutschen Truppen. Russland gewährt Polen, Litauen und Lettland das Recht der vollen Selbstbestimmung. 2. Türkisch-Armenien erhält volle Autonomie und nachher das Recht der Selbstbestimmung, nachdem dort lokale Behörden eingesetzt und internationale Garantien geschaffen sind. 3. Die Elsaß-Lothringsche Frage muß auf Grund einer Abstimmung der Bevölkerung Elsaß-Lothringens unter der Vorausehung der vollen Freiheit der Abstimmung gelöst werden. Die Abstimmung muß nach Räumung der Provinz durch die Truppen beider Koalitionen von den örtlichen Selbstverwaltungskörpern organisiert werden. 4. Belgien muß in seinen früheren Grenzen wiederhergestellt werden. Die Schäden müssen aus einem internationalen Fonds ersehen werden. 5. Serbien und Montenegro müssen wiederhergestellt und aus einem internationalen Hilfsfonds unterstützt werden. Serbien muß einen Zugang zum Adriatischen Meer erhalten. Bosnien und die Herzegowina erhalten Autonomie. 6. Die französischen Gebiete auf dem Balkan erhalten vorläufig Autonomie bis zu einer Volksabstimmung. 7. Rumänien wird in seinen früheren Grenzen wiederhergestellt mit der Verpflichtung, der Dobrudscha, die vorläufig Autonomie erhält, volle Selbstbestimmung zu gewähren. (Dieser Punkt ist in der telegraphischen Meldung falsch wiedergegeben). Rumänien verpflichtet sich, den Artikel des Berliner Vertrags über die rumänischen Juden unverzüglich zu verwirken und die letzteren als gleichberechtigte rumänische Bürger anzuerkennen. 8. In den italienischen Provinzen Österreich wird Autonomie eingeführt bis zu einer Volksabstimmung über die Frage der staatlichen Zugehörigkeit. 9. Die deutschen Kolonien werden an Deutschland zurückgegeben. 10. Griechenland und Persien werden wiederhergestellt.

Freiheit der Meere: Es werden alle Meerengen, die in innere Meere führen, wie auch der Suez- und Panamakanal neutralisiert. Die Handelsflotte ist frei. Das Recht der Kapierung wird abgeschafft und die Torpedierung von Handels Schiffen verboten.

Entschädigungen: Alle Kriegsführenden verzichten auf die Forderung der Wiedererstattung jeglicher Kosten in offener oder verhüllter Form (Unterhalt der Gefangen). Alle während des Krieges erworbenen Kontributionen werden zurückgestattet.

Wirtschaftliche Bedingungen: Die Handelsverträge bilden keinen Bestandteil der Friedensbedingungen. Jedes Land ist in seiner Handelspolitik autonom; im Friedensvertrag darf ihm keine Verpflichtung aufgezwungen werden, einen bestimmten Vertrag zu schließen oder nicht zu schließen. Indessen müssen sich sämtliche Staaten im Friedensvertrag verpflichten, keine Handelsblöcke nach dem Kriege zu führen, d. h. keine separaten Bündnisse zu schließen und allen Staaten ohne Unterschied das Recht der Meistbegünstigung zu gewähren.

Friedensgarantien: Der Friede wird auf einem Friedenskongress durch Bevollmächtigte geschlossen, die von den Volksvertretungskörpern gewählt worden sind.

Die Friedensbedingungen werden von den Parlamenten bestätigt. Die Geheimdiplomatie wird abgeschafft; alle verpflichten sich, keine geheimen Verträge einzugehen. Solche Verträge werden als dem Völkerrecht widersprechend und daher null und nichtig erklärt. Nichtig sind auch alle Verträge, bis sie von den betreffenden Parlamenten bestätigt werden. Allmähliche Abrüstung zu Lande und zu Wasser und Übergang zum Militärsystem. Die von Wilson vorgeschlagene „Liga des Friedens“ kann eine wertvolle Errungenschaft des Völkerrechts nur unter der Bedingung sein, daß 1. sämtliche Staaten mit gleichen Rechten an ihr teilnehmen und 2. die äußere Politik wie oben dargelegt demokratisiert wird.

Wege zum Frieden: Wie konkret auch die Kriegsziele formuliert sein mögen, so muß im Vertrag (der Entente-Staaten) ausgedrückt und veröffentlicht werden, daß die Alliierten zu Friedensunterhandlungen bereit sind, sobald die Gegenseite sich dazu bereit erklärt unter der Bedingung allseitigen Verzichts auf alle gewaltsame Angriffe und Angliederungen. Die Alliierten verpflichten sich, keine geheimen Friedensunterhandlungen zu beginnen und den Frieden nicht anders zu schließen, als auf einem Kongress unter Teilnahme aller neutralen Staaten.

Ferner werden dem Delegierten noch folgende Anweisungen erteilt:

Es müssen die Hindernisse zur Einberufung der Stockholm sozialistischen Konferenz aus dem Wege geräumt und insbesondere unverzüglich Pässe an die Delegierten aller Parteien und Fraktionen ausgegeben werden, die sich bereit erklärt haben, an der Konferenz teilzunehmen.“ —

Der genaue Text des Friedensprogramms des Zentralen Exekutivkomitees der russischen Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt unsre Auffassung, daß wir es hier mit einer ungemein bedeutsamen Kundgebung zu tun haben, die für die künftigen Friedensunterhandlungen von Bedeutung werden kann. Für die russische Demokratie ist es kennzeichnend, daß sie dieses Programm aufgestellt hat als Grundlage für die von ihr angeregte und allen Widerständen zum Trotz erzwungene Revision der Bündnisverträge der Entente, die demnächst in Paris stattfinden soll. Dieser Schritt hat schon jetzt zahlreiche offene und geheime Widerstände in Russland und bei seinen Alliierten ausgelöst, und man kann als sicher annehmen, daß die imperialistischen Elemente dieser Staaten nichts unversucht lassen werden, um das Friedensprogramm der Sowjets zu durchlöchern und nach Möglichkeit zu hinterziehen. Anderseits wird in den Mittelmächten schon jetzt recht durchsichtig darauf spekuliert, daß das Friedensprogramm der Sowjets, dessen Nichtannahme die Spannung zwischen der russischen Demokratie und den Verbündeten unheuer verschärfen könnte, einen Keil in die Entente hineintreiben würde. So beginnt, in andern Formen, dasselbe Spiel, das im Frühsommer die Friedensinitiative des Petersburger A.- und S.-Rates zum Gegenstand der diplomatischen Treibereien beider Mächtekonsortien gemacht und zur Ergebnislosigkeit verurteilt hat. Soll dieses Vorhaben jetzt vereitelt werden, so muß die organisierte Demokratie in allen Ländern weit entschlossener als bisher in Tätigkeit treten. „Die Aufstellung eines gemeinsamen Friedensprogramms ist wichtig“, heißt es im Memorandum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Stockholm-Konferenz, das vom Genossen Haase am 19. Juli im Reichstag vorgetragen wurde. „Aber dieses Programm ist wesenloser Schall und Rauch, wenn es nicht von einer energischen internationalen Aktion der Volksmassen getragen wird.“ In seinen wesentlichsten Punkten lehnt sich das jetzt vorliegende Friedensprogramm der A.- und S.-Rate an das Memorandum unserer Partei an. Um so wichtiger wäre es, daß ihm — im Sinne dieses Memorandums — in allen Ländern die Unterstützung zu teilen sei, die allein imstande wäre, es zum Mittelpunkt einer großzügigen, erfolgreichen Friedensarbeit zu machen.

Der Widerstand der Ententekonferenzen gegen eine Revision der Entente-Kriegsziele im Sinne der Forderungen des A.- und S.-Rates ist im Wachsen. Im englischen Unterhaus hat Bonar Law die Erklärung abgegeben, daß die Pariser Entente-Konferenz sich ausschließlich mit Fragen der

Kriegsführung beschäftigen, die Kriegsziele dagegen nicht erörtern werde.

Diese Mitteilung steht im Widerspruch zu einer Rede des russischen Ministers des Neuen im Vorparlament. In dieser Rede führte Tretjakow aus, daß die Gesichtspunkte der Entente für den Friedensschluß auf der Pariser Konferenz aufgestellt werden würden. Der Widerstand der englischen Regierung gegen die Friedensziele der russischen Demokratie ist offenbar.

Zu diesem Widerstand kommt die Gegnerschaft der russischen Regierung gegen diese Ziele. In seiner Rede im Vorparlament hat Tretjakow offen ausgesprochen, daß die russische Vertretung auf der Pariser Konferenz eine Einheit darstellen müsse. Damit hat er die Absicht der russischen Regierung entblößt, eine Vertretung des A.- und S.-Rates auf dieser Konferenz nur zuzulassen, wenn vorher eine Verständigung über die Kriegsziele zwischen beiden Körperschaften erfolgt. Das ist der Kern seiner Rede im Vorparlament.

Wie die russische Regierung eine Koalitionsregierung sei, so müsse auch in den Kriegszielen der Koalitionscharakter hervortreten. Die russische Regierung will also nicht die Friedensbedingungen des A.- und S.-Rates anerkennen, sondern sie will zu einem Kompromiß über die Friedensziele zwischen den russischen bürgerlichen Parteien und den Sozialisten gelangen.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, kritisierte er das Programm des A.- und S.-Rates.

Die Anerkennung des Rechts Litauens und der lettischen Gebiete auf Unabhängigkeit würde Russland jedes eisfreie Hafens berauben. Das widerspricht den Interessen Russlands.

Die Neutralisierung der Meerengen und die unvollständige Abrüstung sei auch eine Verletzung der russischen Interessen und bedeute eine Rückkehr zu der Lage der Dinge, die schlimmer sei als der Status quo ante.

Die Richtlinien beschäftigten sich zu wenig mit den Verpflichtungen gegenüber den Zentralmächten, um einen Frieden zu sichern; sie schließen sogar vor, den Verbündeten einen Teil ihres Gebietes wegzunehmen und dem Feinde zu überlassen.

Es wäre eine grobe Ungerechtigkeit, Rumänien vom Meere abzuschneiden.

Auf der Entente-Konferenz dürfte deshalb nur eine Sprache geführt werden, die den russischen Interessen Genüge tut und die Unverzüglichkeit des russischen Gebietes sowie die Möglichkeit, sich nach Süden und Norden zu entwickeln, gewährleiste. Die vorläufige russische Regierung versteht jedoch nicht die Grundsätze, die sie verkündet habe.

Diese Rede des Ministers des Neuen im russischen Koalitionsministerium zeigt die tiefe Kluft, die ihr Friedensprogramm von dem des A.- und S.-Rates trennt. Was er zur Kritik der Haltung der Regierungen der Mittelmächte sagte, die sich über das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausschweigen, über die imperialistischen Strömungen in Deutschland, von denen die eine nach Annexionen im Westen strebt, während die andere, ohne offen Annexionen zu fordern, im Osten eine Reihe politischer Einheiten schaffen will, die infolge ihrer wirtschaftlichen Schwäche nach Deutschland gravieren, Russland vom Westen abtrennen und in der wirtschaftlichen Entwicklung behindern würden, gibt seiner Rede nicht die Bedeutung, so wichtig dabei sein Urteil in manchen Fällen war. Er mußte zeigen, wie sich die russische Regierung zur Friedensfrage stellt. Seine Antwort auf diese grundlegende Frage ist so ausgeschlagen, daß sie den Beifall der bürgerlichen russischen Presse und das Misstrauen der sozialistischen Presse hervorgerufen hat.

Die bürgerliche Rietzsch schreibt, der Minister habe wenigstens mehrere wichtige Erklärungen gemacht, nämlich, daß das Heil Russlands in der Treue zu den Alliierten bestände und daß Russland seine Schmälerungen seines Gebietes zugeben könnte und daß ein eisfreier Hafen im Baltischen Meer ihm unbedingt nötig sei. Nowaja Wremja sagt, die Energie, mit der der Minister darauf bestanden habe, daß Russland trotz allem eine Großmacht bleibe, lasse die Hoffnung zu, daß das Vaterland in seinen Interessen auf der Pariser Konferenz genügend geschützt würde. Die Botschaft meint, zum erstenmal seit acht Monaten habe ein Vertreter des Kabinetts den Versuch gemacht, die Politik der verantwortlichen Regierungskreise von der der unverantwortlichen Demagogen zu trennen,

Anders die sozialistische Presse. Das Organ des A- und S-Rates, *Invejijo*, meint, der Minister habe keine Antwort auf die Frage gegeben, die das russische Volk jetzt am meisten beschäftige, nämlich: Was tut die Regierung, um den Frieden, der so glühend in Russland und in Deutschland herbeigeholt wird, herbeizuführen? Die russische Demokratie sei bereit, jeden Kampf für die Befreiung der unterdrückten Nationen zu unterstützen; aber die Fortsetzung des Krieges aller bis zur Befreiung aller Völker Oesterreich-Ungarns bedeute seine Fortsetzung in die Unendlichkeit. Die Regierung möge sich den Wünschen des russischen Volkes nähern, den Krieg beenden und einen demokratischen Frieden schließen. — *Rabotchaja Gazeta*, das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, bemerkt, das Land habe von dem Minister eine Erklärung erwartet, wie er sich zur auswärtigen Politik Russlands stellt, statt dessen hält er einen Vortrag über die hauptsächlichsten politischen Strömungen in Deutschland. — *Rovaja Schissn*, das Organ der Maximalisten, erklärt, die Rede Tereftschenski sei nicht genügend von dem friedliebenden Geiste durchdrungen, ohne den nichts den irre Lauf Russlands zum Abgrund aufhalten könne.

Auch in Russland muss die Tätigkeit der Demokratie auf die Regierung einwirken, um sie zur Anerkennung ihrer Friedensziele zu zwingen. Die Koalitionsregierung, und namentlich ihr Minister des Außen, Tereftschenko, hat sich dem bisher immer widergesetzt. Auch dieser Widerstand muss überwunden werden.

Die Krise vor der Entscheidung?

Noch ist keine Lösung der Kanzlerkrise erfolgt, aber wenn man den Berliner Blättern glauben darf, so steht die Entscheidung jeden Augenblick zu erwarten. Die Germania, die als führendes Zeitungsbüro in diesem Falle besondere Befugt erscheint, erklärt in ihrer gestrigen Nachtragssage, daß eine glückliche Befestigung der Hindernisse zu erwarten sei, die sich der Ernennung des Grafen Hertling noch entgegenstellen. Man rechnet offenbar auch schon allgemein damit, daß der bisherige bayerische Ministerpräsident der baldige Reichskanzler werden wird. Der Vorwärts tilt mit, daß die Verhandlungen der Parteien mit diesem Kandidaten, die fast schon gescheitert schienen, durch das Eingreifen des Staatssekretärs A. Röhlmann eine günstige Wendung genommen hätten. Er rechnet damit, daß schon der heutige Tag die Ernennung bringen könnte. Die Schwierigkeit, die sich aus der bayerischen Staatszugehörigkeit Hertlings in bezug auf die preußischen Angelegenheiten ergibt, würde nicht durch die fast allseitig verworfene Trennung des Kanzlers von dem des Ministerpräsidenten beseitigt werden, sondern durch die Ernennung eines Stellvertreters des Ministerpräsidenten. Als solcher wird der nationalliberale Landtagsabgeordnete Friedberg genannt, der also die Aufgabe hätte, die preußische Wahlreform durchzuführen. Dass er dazu der geeignete Mann sei, erscheint dem Vorwärts freilich schon nicht sicher, was bei der politischen Vergangenheit dieses ziemlich weit rechts stehenden Nationalliberalen sicherlich nicht verwunderlich ist. Von Begeisterung für die Gleichheit des Wahlrechts ist bei Herrn Friedberg nie etwas zu bemerken gewesen. Und eine Demokratisierung, die unter seiner Führung auftrete, würde jedesfalls ein merkwürdiges Ding sein. Aber Herr Friedberg will den bürgerlichen Parteien des Mehrheitsblocks anscheinend als ein großes Zugeständnis an ihre Forderung der Parlamentarisierung erscheinen, die sie als Erfas für das vom Zentrum, von dem größeren Teil der Nationalliberalen und ebenso von dem Grafen Hertling abgelehnte parlamentarische System einfordern wollen. Diese Parlamentarisierung soll bekanntlich unter andern in der Ernennung führender Parlamentarier zu Ministern und Staatssekretären bestehen. Und Graf Hertling soll bereit sein, außer dem Herrn Friedberg noch einige andre solche Parlamentarierminister zu ernennen. Es verlautet, daß zu seinem Stellvertreter im Reiche der Fortschritter v. Payer anderseits sei, und zum preußischen Handelsminister ein anderer fortschrittlicher Abgeordneter, vermutlich der Herr Dr. Ritter. Reichskanzler Dr. Helmreich soll sein Entlassungsversuch bereits eingreift haben; dasselbe erwartet man von dem Staatssekretär des Reichsnährungsministeriums, dem Herrn v. Waldbow, dem eifriges Antragen gegen die preußische Wahlreform nachgesagt wird. Wer als Nachfolger in Frage kommt, ist noch unbekannt.

Außer den Parlamentarisierungministern soll Graf Hertling den Parteien der Reichstagsmehrheit die völlige Anerkennung ihres vor einigen Tagen aufgestellten Minimalprogramms bieten, mit alleiniger Ausnahme ihrer Forderung auf Aufhebung des letzten Absatzes im Artikel 9 der Reichsverfassung, der die Unvereinbarkeit gleichzeitiger Mitgliedschaft im Reichstage und Bundesrat ausspricht. Sonst aber werden die Forderungen des Programms bewilligt, vor allen Dingen eine rasche und lohne Durchführung der preußischen Wahlreform angefordert, die Aufhebung der politischen Censur zugestanden und eine schwächer Abgrenzung der Kompetenzen der Militärbehörden nach dem politischen Gebiet versprochen. An der Sozialpolitik hat sich Graf Hertling mit der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung über befürwortete Ausnahmestellung gegen freilebende Arbeiter und mit der Schaffung eines Arbeitskammergesetzes einverstanden erklärt. In der äußeren Politik bestand zwischen ihm und der Reichstagsmehrheit ja ohnehin kein Gegensatz, nachdem sich die letztere von der Friedensresolution des 19. Juli auf die Antwortnote an den Papst zurückgezogen hatte. Der Krieg, der in der Elsaß-Lothringenfrage zwischen Hertling und der Mehrheit besteht, wird durch die etwas fühlungsliegende Behauptung geschlicht, seine Auseinandersetzungen im bayrischen Landtag seien entstellt nach Berlin berichtet worden; er sei kein Gegner der Autonomie der Reichslande.

Das wären also die Grundzüge des Kompromisses zwischen Mehrheit und dem Kanzlerkandidaten. Große Besiedlung scheint darüber nur im Zentrum zu herrschen. Das Berliner Tageblatt kann noch keinen Gewinn für die Politik der Linken erkennen und der Vorwärts äußert sich zärtlichhaltend und begrüßt es beinahe, daß kein Sozialdemokrat in die Regierung eintreten wird, was das Gute habe, daß die Verantwortung für den weiteren Verlauf des Dinge den bürgerlichen Mittelparteien aufgelegt werde, die Sozialdemokratie aber kritische Bewegungsfreiheit behalte und vor dem Problem des Ministerialismus bewahrt bleibe. Da er aus dem magazin politischen Ergebnis eines Kabinetts Hertling nicht viel machen kann, so bemüht er sich, wenigstens einen Fortschritt insofern noch zuweisen, als die Art, wie die Ernennung des nächsten Reichs-

kanzlers zustande komme, eine Annäherung an das parlamentarische System bedeute. Man spürt fast aus jedem Worte die Verlegenheit und die Unsicherheit.

Am Mittwoch sind die interaktionellen Besprechungen unter den Mehrheitsparteien erneut aufgenommen worden. Sie dauerten den ganzen Tag an und werden heute noch fortgesetzt. Gleichzeitig sollen die Verhandlungen der Parteiführer mit Hertling weitergeführt werden. Um die heutige Mittagsstunde dachte man zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, worauf sich Graf Hertling zum Kaiser begeben werde, um ihm den Ausgang der Verhandlungen mitzutragen. Es könnte dann also noch heute die Ernennung bekanntgegeben werden.

Vom Tage.

Die deutsche Verwaltung in Belgien hat sich alle Mühe um die Befreiung Gents gegeben. Sie hat eine Universität dort gegründet, die als ein Zentrum der Befreiungsbemühungen gedacht ist. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung teilt stolz mit, daß diese Universität bereits 53 Professoren und daneben nicht ganz 250 Studenten zählt. Ein verblüffender Erfolg!

Bei Besprechung der Berufung des Generalsekretärs Siegerwald ins preußische Herrenhaus leistet sich die J. A. einen bemerkenswerten Streich. Sie schreibt:

„Das preußische Herrenhaus wird den Arbeitern dadurch, daß man ein paar Arbeitervertreter hereinläßt, nicht sympathischer werden. Immerhin ist es unbedeutlich, daß, wenn bei der Regierung solche Absichten bestehen, nicht endlich die Arbeitskammern geschaffen werden, die allein als Wahlkörper für das Herrenhaus in Betracht kämen.“

Während man nicht nur in der gesamten Sozialdemokratie, sondern auch in allen liberalen Kreisen darin einigt ist, daß das Herrenhaus überhaupt keine Existenzberechtigung hat und je schneller desto besser von der „Neuorientierung“ beseitigt wird, sehnen sich die Geister der J. A. nach einem „Wahlkörper“ für das Herrenhaus, wozu ihnen die Arbeitskammern ohne weiteres geeignet sind. Auf solche Weise sucht der Regierungsozialismus die Arbeiter „praktischer“ Politik zu ergreifen.

Auf dem Parteitag der französischen radikal-sozialistischen Partei in Paris hat die Richtung des früheren Ministerpräsidenten Caillaux entscheidenden Einfluss ausgeübt. Die Krisen des Kabinetts Painlevé führten in einer Präzisierung der Stellung der Partei zu neuen Ministerien. Caillaux wies darauf hin, daß er selbst im August 1914 für ein Koalitionskabinett eingetreten sei, weil er an einen kurzen Krieg geglaubt habe. Der Krieg ziehe sich nun aber schon über drei Jahre hin, und die Formel von 1914 habe dazu geführt, gerade diejenigen Politiker aus der Regierung zu drängen, die bei den Wahlen im Mai 1914 durch das allgemeine Stimmrecht dazu berufen waren. Er stellte einen Antrag auf Verschärfung der Parteidisziplin. Der radikale Parteitag hat den Antrag angenommen. In Zukunft sollen Mitglieder der Partei nur mit Zustimmung der Fraktion und des Zentralkomitees in ein neues Kabinett eintreten dürfen, wenn sie nicht aus der Partei ausgeschlossen werden wollen. Ferner wählte der Parteitag zum Vorsitzenden des Zentralkomitees den Senator Debierre mit 152 gegen 124 Stimmen. Debierre steht auf dem äußersten linken Flügel der Partei und war regelmäßiger Mitarbeiter des Bonnet Rouge.

Italien muß von der Entente militärisch und wirtschaftlich gestützt werden, wenn es nicht völlig zusammenbrechen soll. Bisher war das Wirtschaftsleben in Italien nur durch die Hilfe der Entente aufrecht zu erhalten. Das amerikanische Schatzamt hat erst in diesen Tagen Italien 200 Millionen Dollar geliehen, damit die Kohlen und andern Vorräte, die von Italien in Amerika angekauft worden waren, bezahlt werden konnten. Diese Hilfe ist jedoch so bemessen gewesen, daß trotzdem ernste Schwierigkeiten in Italien nicht ausgeblichen sind. So hat nach einer General-Mitteilung Italien von den 200 000 Tonnen Kohlen, die ihm monatlich von England zugeliefert sind, nur einen so kleinen Teil erhalten, daß in der Kriegsversorgung erhebliche Stockungen aufgetreten sind.

Die innere Krise ist durch die Ernennung des Kabinetts Orlando äußerlich geschlossen. An der Spitze dieser Regierung steht ein Opportunist vom reinsten Wasser. In der Regierung sitzt neben den entschiedenen Interventionisten Sonnino und Bissolati der Giovannianer Nitti. Über dieses Ministerium, das so widersprechende Elemente in sich vereinigt, muß Rücksicht nehmen auf die überaus schwierige Lage, in die Italien gekommen ist und in der mehr Wert als bisher auf die Stimmung im Volke gelegt werden muß. Das Zustandekommen dieser Koalitionsregierung bedeutet nicht, daß die Partei der Giovannianer nun auf ihre Ziele verzichtet. Ihre Kammergruppe, die jetzt 142 Abgeordnete zählt, hat vielmehr in der Kammer einen Antrag eingebracht, der für eine gebührende Beantwortung der Papstnote und für die Bereitwilligkeit, über den Frieden zu verhandeln, eintritt und einen Beschluss der Kammer hierüber verlangt.

Der Minister des Außen, Sonnino, hat bisher eine Beantwortung der Papstnote im Sinne dieses Antrags abgelehnt, wenn er auch in seiner letzten Rede über die italienischen Friedensziele stark gedämpfte Töne angeschlagen hat. Er wird in dieser Koalitionsregierung seine interventionistische Tönart wohl noch weiter dämpfen müssen.

Am 25. Oktober hat in Dublin der Sinn-Fein-Konvent getagt, der aufs neue die völlige Unabhängigkeit Irlands proklamiert hat. Die revolutionäre irische Nationalpartei hat sich eine neue Verfassung gegeben. Sie bezeichnet die Proklamation Irlands als Republik! Ostern 1916 als endgültig, spricht England und jedem andern Land das Recht der Beschlebung in Irland ab und hält die Mitglieder dazu an, mit allen Mitteln Englands Macht, Irland durch militärische und sonstige Mittel unter dem Boden zu erhalten, zu brechen.

Die unter der neuen Verfassung gewählten Offiziere sind Präsident Devauro, die Vizepräsidenten Griffith und Pater

O'Sullivan, die Schahmeister Cosgrave und Ginnell, beide Unterhausmitglieder, die Sekretäre Stach und Higgins.

Ferner wurde ein Vollzugsausschuß von 24 Personen eingesetzt, darunter Graf Plunkett, zwei Priester und vier Frauen, darunter die Gräfin Malievicz und die Witwe des hingerichteten Oster-Rebellen Joseph Plunkett.

Der vom Konvent angenommene Organisationsplan Devauro strebt die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens Irlands mit Sinn-Fein-Gründungen an, und zwar einerseits durch Vergrößerung der bestehenden und Gründung von neuen Sinn-Fein-Klubs, andererseits durch organisierte Bemühungen, allenfalls in Großstädtenversammlungen Sinn-Fein-Mehrheiten zu gewinnen.

Die Lage in Russland.

Eine Revolution der Bolschewiki?

Kopenhagen, 31. Oktober. Nach Petersburger Telegrammen laufen andauernd Gerüchte um, daß die Bolschewiki am 2. Nov. mit Unterstützung der Monarchisten eine große Auseinandersetzung planen. Von der Regierung und den übrigen Parteien werden Vorbereitungen getroffen, um die Pläne der Bolschewiki zu durchkreuzen. Es werden von der Regierung überall Truppen bereitgehalten, um den Aufruhr, der den Charakter einer Revolution haben soll, mit Waffengewalt zu dämpfen.

Petersburg, 30. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Bürgermeister von Petersburg ließ einen Aufruf an die Bevölkerung anschlagen, in welchem er erklärt, daß die Provinzen, welche mehr erzeugten, die Hauptstadt nicht mehr beliefern wollten, die hierdurch erheblich mit Hungernot bedroht sei. Gleichzeitig fordert der Bürgermeister die Einwohner auf, Ruhe zu bewahren, denn Auseinandersetzungen, welche den Transportdienst noch mehr zerstören, könnten diese Hungernot zu einer unmittelbaren machen.

Angesichts der andauernden Gerüchte, daß die Maximalisten eine bewaffnete Erhebung vorbereiten, hat der Militärgouverneur von Petersburg, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuhalten, alle Versammlungen, Umzüge und Kundgebungen untersagt und fordert die Soldaten der Garnison Petersburg auf, nicht in die Fälle der Provokateure zu gehen, sondern ruhig zu bleiben.

Aufhebung von Todesurteilen.

Petersburg, 30. Oktober. Petersburger Telegramm berichtet, daß bis auf weiteres die Vollstreckung von Todesurteilen an der Front verbleibt.

Die Krise in Spanien.

Bern, 30. Oktober. Pariser Blätter melden aus Madrid: Der König hatte gestern Besprechungen mit dem Kammerpräsidenten und mit dem Senatspräsidenten, der dem König antritt, Tato sein Vertrauen zu erneuern. Dieser werde die Cortes einberufen. Außerdem würden die Liberalen wieder die Macht übernehmen. Der Kammerpräsident hält angesichts der ernsten Lage die Bildung eines Kabinetts der nationalen Zusammensetzung für notwendig, dessen Vorsitz Garcia Prieto übertragen werden sollte. Der König erklärte, er werde heute noch die verschiedenen Parteiführer, darunter Maura, Romanones, Prieto, Velada und Toca zu Rate ziehen. Die Freunde Tatos versichern, dieser werde unter keinen Umständen das Amt des Ministerpräsidenten wieder übernehmen.

Madrid, 30. Oktober. Die alten demokratischen Minister vereinigten sich unter dem Vorsitz von Alarcos und erklärten einstimmig, alle Bemühungen zur Bildung eines Koalitionskabinetts zurückzuweisen, da eine von Sanchez Toca gebildete Regierung immer noch rechts neigen würde, während die demokratische Partei eine entschiedene Orientierung nach links verlangt.

Toca lehnte die Kabinettbildung ab, nachdem Prieto und mehrere andre Monarchisten ihm die Unterstützung verweigert hatten. Man glaubt, daß der König Prieto berufen wird.

Madrid, 31. Oktober. (Avos.) Der König beriet heute mit Prieto. Nach dieser Besprechung erklärte Prieto, er sei nicht beauftragt worden, ein Konzentrationskabinett aus den Parteien der Linken zu bilden.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 31. Okt. Amtlich. Neue U-Boot-Erfolge im Kanal 17 000 B.R.T. Unter den versunkenen Schiffen befanden sich zwei große Passagierdampfer, von denen einer bewaffnet war und nach der während des Sinkens erfolgten Detonation zu urteilten Munitionsladung führte.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Neue Kämpfe in Flandern.

Paris, Bureau teilt mit: Während in Italien der unerhörte Siegedeck der Verbündeten seinen geplanten Fortgang nimmt, hat die deutsche Flotte namentlich den Engländern am 30. Oktober wiederum eine schwere blutige Niederlage erlitten. Dort haben sich in der letzten Woche die Panzer zwischen den einzelnen Großpanzerfeldern verringert. Nach dem schweren Niederbruch der englisch-französischen Waffenangriffe am 22. und 26. Oktober begann am 30. Oktober nach stärkster Artillerievorbereitung und langdauerndem Trommelfeuern der englische Angriff gegen die Front vom Houphoulster Wald bis zum Kanal von Hollands. Trotz Regenwetter warf der Feind durch den schlammigen Sumpf der Trichterfelder gegen unsre Linien gewaltige Massen vor, denen dicke Reserven folgten. Um Paschendaele holt sie die Hauptwucht feindlicher Angriffe zusammen. Hier gelang dem Gegner unter schweren Verlusten ein Einbruch über den Ort hinaus. In hartem wechselseitigem Kampf wurde der Ort jedoch durch unsre kräftigen Gegenstoß wiederhergestellt. Da die wechselnden Reihen der Engländer, die im Schlamm versinkend, die Lohnräder ziehen, schlug das Verfolgungsfeuer unserer Batterien und Maschinengewehre. Dennoch schießt der Gegner später wiederholte Angriffe gegen unsre Fronten an. Die sämtlich unter ungeheurem Opfer für den Angreifer im Neuen, Rahamps- und Gegenstoß schielen. Die leiderlich der Chaussee-Panzer angesetzten Angriffe wurden zum Teil schon während der Bereitstellung zum Angriff von unsrem Feuer vollständig abgewehrt. Da den meisten Stellen kamen sie über die erste Entwicklung nicht hinaus oder brachen in unserm gutliegenden Abwehrfeuer blutig zusammen. Am 12. Uhr mittags setzte ein starker feindlicher Stoß in Gegend Poelkapelle ein, der restlos abgewiesen wurde. Hier wiederholte der Gegner um 5 Uhr nachmittags seine starken tiefsieglerischen Angriffe gegen unsre Front von Poelkapelle bis östlich Bonnebeke.

In erbitterten Kämpfen wurde trotz stärksten Menschenfeindschaften abgeschlagen. Am Abend des 13. Februar blutig zerstört. Der einzige Gewinn der verbündeten Anstrengungen besteht in einer geringen Ein-

büchtung unserer Städte westlich Passchendaele, die an der Nieden Stelle etwa 350 Meter beträgt. Nachts begnügt sich der Feind mit starkem Störungsfeuer. Die Städte Roosendaal und Olympeide erhalten zeitweise kräftigen Besuch. Der Sieg des geistigen Großkampftages reicht sich in seiner Bedeutung dem glänzenden Ergebnis der Schlacht vom 20. Oktober an. Auch dieser neue gewaltige Angriff brachte dem Gegner keinerlei Gewinn, sondern nur schwerste blutige Verluste.

Im Artois und südlich St. Quentin steigerte sich stellenweise das Feuer erheblich.

Nordöstlich von Soissons herrschte an der Kampfrückfront den ganzen Tag über starker Artilleriekampf, der sich gegen Abend bei Braine und Gerny zu großer Stärke steigerte und bis zum Dunkelwerden anhielt. Auch östlich der Maas steigerte sich ebenfalls im Laufe des Vormittags im Chauvemalde das Feuer an erheblicher Stärke. Ein beabsichtigter feindlicher Angriff kam in unserm Vernichtungsfeuer nicht zur Ausführung. Im Gegend Ornes folgte gegen Abend noch starker Feuer ein feindlicher Vorstoß am Chauvemalde. Er brach im Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer blutig zusammen.

Bei unserem Angriff am 20. Oktober früh im Chauvemalde wurden außer den bereits gemeldeten Gefangenen noch 24 Maschinengewehre erbeutet.

Die Beschießung des Eiffelturmberghofs vom 20. Oktober, abends, nachdem die Franzosen auf dem Courtéreskamm einige Gräben eroberten, ist aus der Lust nötig.

Der Krieg mit Italien.

Verbot des italienischen Heeresberichts.

Berlin, 20. Oktober. Ein Befehl Cadornas laut Aufspruch Tolone vom 28. Oktober befiehlt die italienische Oberste Heeresleitung: "Der italienische Heeresbericht in englischer und französischer Sprache ist verboten worden. Halten Sie deshalb seine Veröffentlichung zurück." Gez.: General Cadorna.



Die Tagliamento-Linie

5 10 15 20 25 Km. WTB. 4656

Der italienische Tagesbericht.

26. Oktober. (Übermittlung verzögert.) Die Festigkeit des Angriffs und der ungenügende Widerstand einiger Abteilungen der zweiten Armee gestatteten es österreichisch-deutschen Kräften, unsern linken Flügel an der Julischen Front zu durchbrechen. Den tapferen Anstrengungen der andern Truppen gelang es nicht, den Gegner zu hindern, auf dem heiligen Boden des Vaterlandes vorzudringen. Die Magazine und Depots in den geräumten Gegenenden wurden zerstört. Die Tapferkeit, die unsre Truppen im Verlauf so vieler verdientwürdiger Schlachten zweieinhalb Jahre hindurch bewiesen haben, gibt dem Oberkommando die Sicherheit, daß auch diesmal die Armee, der Ehre und Heil des Landes anvertraut sind, ihre Pflicht zu tun wissen wird.

29. Oktober. Die vom Oberkommando angeordneten Bewegungen nehmen den normalen Verlauf. Die Truppen, die beauftragt sind, sich dem Feinde entgegenzustellen, erfüllen ihre Pflicht, indem sie den Einfall der feindlichen Kräfte in die Ebene verhindern.

Ententetruppen für Italien.

Berlin, 1. November. Nach Blättermeldungen sind französische und englische Streitkräfte mit Kriegsmaterial in der italienischen Kriegszone eingetroffen.

Laut Bossischer Zeitung steht die englisch-französische Armee, deren Abordnung nach Italien begonnen hat, unter dem Oberbefehl von Castelnau und Foch.

Sperrre der französischen Grenze.

Bern, 20. Oktober. (Meldung der Schweizerischen Deutschen-Agentur.) Die französische Grenze ist Montagmittwoch gesperrt worden.

Rückzug über den Tagliamento hinaus.

Die Basler National-Zeitung meldet, daß Cadorna weitere und größere italienische Heere im Raum Verona-Vicenza-Treviso zusammengezogen habe.

Schweizer Blätter melden ferner: Den neuesten Berichten zufolge erscheint es fraglich, ob die italienische zweite und dritte Armee, die zur Zeit noch in starker Auflösung zurückweichen, in stande sein werden, sich dem Feinde nochmals am Tagliamento zu stellen. Wahrscheinlicher sei die Fortsetzung der Rückzugsbewegung bis in die Gegend des Po.

Belagerungszustand über ganz Italien.

Wie die Berner Blätter melden, berichten Reisende, die vor Eintritt des Grenzsperrte aus Italien in die Schweiz gelangt sind, daß am Sonntagabend im Königreich Italien der Belagerungszustand verhüllt worden sei. Die daraus bezugnehmenden Bekanntmachungen der Militärbehörden waren auf allen oberitalienischen Bahnhöfen angeschlagen.

Deutschland.

Der Prozeß Henkel.

In Weimar ist ein ausschenerregender Disziplinarprozeß gegen den Direktor der Jenauer Frauen- und Säuglingsklinik und Professor der Gyndkologie an der Universität Jenau Henkel zu Ende geführt worden. Professor Henkel wurde beschuldigt, schwere ärztliche Fehler begangen zu haben. Namentlich hatte sich die Anklage darauf auf, daß er häufig Schwangerschaftsuntersuchungen ohne zwingende medizinische Gründe vorgenommen habe.

Eine Reihe von Zeugen und Sachverständigen wurde in den eine Woche dauernden Prozeß verhören. Aus ihren Aussagen ging hervor, daß Professor Henkel im Vertrauen auf seine glänzende Operationstechnik sehr viel operative Eingriffe vorgenommen hat, deren Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit von den Sachverständigen bestritten wurde. Nach den Versicherungen der Sachverständigen war die Sterblichkeit in der Jenauer Klinik nach Operationen deshalb groß. Einwandst wurde festgestellt, daß Professor Henkel sich von gesellschaftlichen Rücksichten leiten ließ bei der Behandlung der Patienten, namentlich bei Schwangerschaftsuntersuchungen. Ein geradezu unerhörter Fall, der die Gewissenhaftigkeit dieses Arztes eigentlich beleuchtet, verdient hervorgehoben zu werden. Als eines Tages der Prinz von Lippe einer Operation beizuwohnen wünschte, ließ Henkel eine Frau, die erst Tage später operiert werden sollte, herbeiholen, ihr den Magen auspumpen und operierte sie zur Bekämpfung der prinzipiellen Neugierde. Unmittelbar nach der Operation starb die Frau.

Der Prozeß endete mit der Verurteilung des Professors Henkel zur Strafverteilung. Er hat gezeigt, wie in einer staatlichen Klinik die Patienten nach ihrer sozialen Stellung mit Unterschieden behandelt wurden, namentlich soweit Schwangerschaftsuntersuchungen in Frage kamen. Derartige Unterbrechungen aus rein sozialen Gründen werden im Deutschen Reich strafrechtlich verfolgt. Die Berechtigung einer solchen Gesetzesanwendung ist strikt. Das Vorgehen des Professors Henkel jedoch, der bei wohlwolleren Personen, soziologisch stärker in den Vordergrund treten ließ als bei minderbemittelten Personen, ist unter allen Umständen zu verurteilen.

*
Siegerwald preußisches Herrenhausmitglied. Der Vorsitzende des Christlich-Nationalen Arbeiterkongresses Generalsekretär Siegerwald-Berlin ist auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das italienische Ministerium. Das italienische Ministerium ist folgerichtig gebildet worden: Vorsitz und Innenminister Colando, Außen Angelegenheiten Sonnino, Kolonien Colosimo, Justiz Sacchi, Finanzen Meda, Schatz Ritti, Krieg General Allessi, Marine Admiral Delibono, Waffen und Munition General Galli Oldi, Militärische Wohlfahrtspflege und Kriegsponcenien Bissolati, Unterricht Verzani, öffentliche Arbeiten Dari, Ackerbau Miliani, Industrie, Handel und Arbeit Giuffetti, Post und Telegraphen Zera, Transporte Bianchi. Die Minister haben dem König um 8-Uhr den Eid geleistet.

Zur Ententekonferenz in Paris. Nach dem Niedere Nottredamsh-Courant berichtet Daily News. Das Unterhaus wurde gestern durch die Mitteilung Bonar Law überrascht, daß die bevorstehende Ententekonferenz sich ausschließlich mit der Kriegsführung und nicht mit den Kriegszielen beschäftigen wird. Dies steht im Widerspruch zu der letzten Woche durch Lloyd George abgegebenen Erklärung, daß die Konferenz sowohl militärisch, als auch politisch sein würde. Das Blatt schreibt weiter: Die Alliierten sollten innerhalb die Bedingungen feststellen, unter denen sie zum Frieden bereit wären und die Grundsätze, die sie bei der Neuordnung der Welt angewendet zu sehen wünschen. Im jüngsten Stadium soll dieser Pflicht zu entziehen, wäre frevelhaft.

Die Deutschen in Uruguay. Nach zuverlässigen Nachrichten ist die persönliche Sicherheit der in Uruguay lebenden Deutschen gewährleistet, das Privateigentum wird geschützt. Die deutschen Lehrer können unbehelligt ihre Tätigkeit fortsetzen.

Die pazifische Bewegung in England. Mr. Namara und Unterstaatssekretär Bryce stehen bei Neben in Pontypool befehlsgewisse Überfälle (Überfällen?) auf entschiedenen Widerstand durch Pazifisten.

Arbeiterbewegung in Como. Am Industriegebiete von Como ist der Italia zufolge Ende letzter Woche eine Arbeiterbewegung ausgebrochen.

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 31. Okt. Amtlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Mitte der italienischen Front spielten sich gestern erbitterte Kämpfe ab.

Dem morgens über die ganze Front vom Houhoultier Wald bis zum Kanal Comines-Hyères ausgedehnten Trommelfeuers folgten tagüber starke englische Angriffe zwischen den von Roulers über Langemard-Joncée und Hyères führenden Bahnen.

Die Wucht des feindlichen Stoßes richtete sich gegen den Ort Passchendaele, die vorübergehend verloren ging. Um ungünstigen Angriff sturmähnlicher Regimenter unter zusammenhängender Artilleriebeschaffung wurde das Dorf wieder genommen und gegen später einsetzende Angriffe der Engländer in zähnen bis zur Dunkelheit währenden Kämpfen voll gehalten.

Unser seitlich des Dorfes kämpfende Infanterie und die kampfprobten Maschinengewehrslücher schlugen die sich im Laufe des Tages mehrfach wiederholenden feindlichen Angriffe im unerschütterlichen Auscharren in dem durchwühlten und verschlammten Trichterfelde erfolgreich zurück und nahmen zeitweilig verlorenen Boden in kraftvollen Gegenstoßen dem Feinde wieder ab.

Neben dem Hauptangriff nordöstlich von Hyères verlorenen die Engländer auch beiderseits der Straße Menin-Hyères auf Gheluvelt vorwärts. Zu unserem günstigen Artilleriefeuer kamen nur schwache Teile des Gegners zum Vorschein; sie wurden durch die Infanterie und Maschinengewehre zurückgetrieben.

Die am gestrigen Kampf beteiligten Truppen der 4. Armee haben in vorzülichem Zusammenwirken aller Waffen einen neuen Erfolg errungen.

Die Engländer haben, ohne Vorteile zu gewinnen, erneut schwere blutige Verluste davongetragen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf die Aire-Kanal und an der Bergfront des Chemin-des-Dames verstärkte sich der Artilleriekampf gestern erheblich; die französische Infanterie blieb unätig.

Auf dem Fluß der Maas hielt unser Vernichtungsfeuer am Chauve-Walde sich vorbereitende Angriffe der Franzosen wider.

Auf dem

Ostlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Bewegungen der aus den Alpenbergen vordehenden Truppen der 14. und der Isonzo-Armee nehmen den von der Führung beobachteten Verlauf.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

* * *

Großes Hauptquartier, 1. Nov. Amtlich. (W. T. B.)

Im Westen, Osten und in Mazedonien keine größeren Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unser schnelles Schlägen im Osten, dem unvergleichlich zähnen Auscharren an allen Fronten, insbesondere im Westen, ist es zu danken, daß die Operationen gegen Italien begonnen und so erfolgreich weitergeführt werden konnten.

Gestern haben die verbündeten Truppen der 14. Armee dort einen neuen, großen Sieg erzielt.

Teile des feindlichen Heeres haben sich am Tagliamento zum Kampf gesetzt.

Am Gebiete und in der friaulischen Ebene bis zur Stadt Udine-Godroipo-Treviso ging der Feind festlich auf das Westufer des Flusses zurück; Brückenstellungen auf dem Fluß hielt er bei Pianzano, Dignano und Godroipo. In einer von dort über Belluno-Pozzuolo-Lavarano auf Udine vorspringenden Nachhutstellung leistete er keinen Widerstand, um den Rückzug seiner 2. Armee auf das westliche Ufer des Tagliamento zu decken.

Von Siegeswillen getrieben, von unsichtiger Führung in eingeschneidender Richtung angeleitet, errangen hier die deutschen und österreichisch-ungarischen Corps Erfolge, wie sie auch in diesem Krieg selten sind.

Die Brückenstellungen von Dignano und Godroipo wurden von preußischen Jägern, bosnischen und württembergischen Infanterie im Sturm genommen.

Auf allen Kriegsschauplätzen bewährte brandenburgische und schlesische Divisionen durchbrachen von Norden her in unüberstecklichem Anlaß die Nachhutstellungen der Italiener östlich des unteren Tagliamento und schlugen den Feind zurück, während erprobte österreichisch-ungarische Corps vom Isonzo her gegen die letzte Linie verbliebene Überhauptstellen bei Tagliano vorwärts drängten.

Durch den Stoß von Norden abgeschnitten, stellten Widerstand um mehr als 80 000 Italiener dort die Waffen! Mehrere Hunderte Geschütze fielen in die Hand der Sieger.

Die Zahl der Gefangenen aus der in einer Woche so erfolgreich durchgeföhrten 12. Isonzoflage beläuft sich damit auf über 150 000 Mann, die Summe der genommenen Geschütze auf mehr als 1500.

Die leidige Peine ist an diesen Zahlen zu bemessen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

* * *

180 000 Italiener gefangen.

Berlin, 1. November. (Amtlich.) Seine Majestät hat für 1. November für Preußen und Elsaß-Lothringen Flaggen und Befreiungsschilde beföhnt.

Bei der Verfolgung in der friaulischen Ebene haben gestern höchst des unteren Tagliamento 60 000 Italiener mit mehreren Hunderten Geschütze die Waffen gestellt.

Der bisherige Gewinn der 12. Isonzoflage ist damit auf über 180 000 Gefangene und mehr als 1500 Geschütze gesiegt.

Die italienische 2. und 3. Armee haben eine schwere Niederlage erlitten.

Lubendorff.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 31. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Die verbündeten Armeen des Feldmarschalls Erzherzog Eugen dringen in den Gebirgen des obersten Tagliamento und in der venetianischen Ebene plausibel vor. Auf den anderen Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Wien, 31. Oktober. Aus dem 1. und 2. Kriegspressequartier wird am 31. Oktober abends gemeldet: Unsre Truppen nähern sich unter erfolgreichem Kampf mit italienischen Nachhuten dem Tagliamento.

Palmnova wurde gestern besetzt. Die Zahl der Gefangenen übersteigt 120 000. Die Geschützbeute ist größer als 1000.

Aus der Partei.

Denktagung.

Anlässlich meiner Wahlregelung durch den Parteivorstand Würzburger Konfession sind mir bis in die jüngste Zeit so viele Bezeugungen der Sympathie nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland zuteil geworden, daß es unmöglich ist, jedem meiner Freunde besonders zu danken. Ich bitte sie alle, meinen herzlichsten Dank an dieser Stelle entgegenzunehmen.

Jeder von ihnen hat mit seiner Sympathie gleichzeitig auch den Wunsch ausgesprochen, ich möge mir eine neue Stätte meines Wirksens aussuchen. Unter dem Kriegszustand hängt das leider nicht von mir allein, sondern auch von Faktoren ab, auf die ich keinen Einfluß habe. Meine Freunde und Genossen dürfen aber überzeugt sein, daß, soweit es auf mich ankommt, nichts unversucht gelassen wird, den Streich zu parieren, der ich nicht nur gegen mich, sondern auch gegen die von mir seit vier Jahrzehnten verfochtenen Überzeugungen richtet.

Mit Parteidruck

K. Raatsky.

Aus dem 3. Württembergischen Reichstagswahlkreise.

Am Sonntag, dem 21. Oktober, hat sich in Neckarsulm eine Ortsgruppe der II. S. P. gebildet, der sofort eine stattliche Anzahl Genossen beitreten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Presseteil:

Aug. Lehmann Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. November.

Geschichtskalender. 1. November 1755: Verheerendes Erdbeben in Lissabon. 1808: Der Schriftsteller Felix Holländer in Leobens geboren. 1903: Der Geschichtsschreiber Theodor Mommsen in Charlottenburg gestorben (* 1817). 1906: Der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat nach Sibirien verbannt.

Sonnenanfang: 6,57, Sonnenuntergang: 4,30.
Monduntergang: 0,50 vorm., Mondaufgang: 5,34 nachm.

Die Großhändler zur Gemüseversorgung.

Der Verband Deutscher Obst-, Gemüse- und Süßfrüchte-Großhändler Berlin-Düsseldorf hatte am Mittwoch seine Mitglieder in der Handelskammer in Leipzig zu einer Tagung eingeladen, um Stellung zu nehmen zu den Fragen auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln, mit Obst und Gemüse. Auch die Behörden waren vertreten. Im allgemeinen wurde gestagt über die Ausstattung des Handels und über nicht genügende Berücksichtigung der Fachleute. Aus allen Teilen des Reiches waren Delegierte bei der Verbandsleitung eingeladen. Über angebliche Spaltung der Großhändler wie auch darüber, daß große Mengen Obst usw. durch die schlechte Organisierung des Versorgungsweises der Besatzung des Verdienstes ausgesetzt waren. An einigen Tagen wurden den amtlichen Stellen sogar sogenannte Schießgeschäfte nachgestellt. Eine große Rolle spielt die Versorgung des Versorgungscheins. Die Großhändler stehen auf dem Standpunkt, daß es ein verschafteles Beginnen sei, wenn man dem Standorten Händlersfunktionen übertrage, die er nicht bewältigen könne. Man könnte es ihnen daher nicht verargen, wenn in den Streichen der Behörden, den Handel an sich zu retten und den legitimen Handel auszuschalten, den Versuch der Wiedereinführung dieses Handels entgegensetzen. Nicht nur im eigenen (Händler) Interesse verlangten sie mehr Berücksichtigung, sondern im allgemeinen Interesse sei diese Forderung zu stellen.

Der Vertreter der Reichsdienststelle hoffte dagegen kein Urteil dahin zusammen, daß erst durch das System der Versorgungsscheine die einschlägigen Stellen in die Lage getommen seien, die Versorgung von Fleisch und Bevölkerung mit Marmelade — und das sei mit Rücksicht auf den herrschenden Zeitmangel ein Hauptforderung — in die richtigen Bahnen zu lenken. In der Frage der bisherigen Regelung des Obstverkehrs mittels Versorgungsscheinen und die notwendigen Änderungen für die Zukunft wurde ein Beschluss gefasst, in dem gesordert wird, daß in Zukunft keinen Händler die Versorgungsscheine verwelkt werden dürfen. — Beim nächsten Verhandlungsgegenstand: Erfassung der Herbstgemüse in den verschiedenen Erzeugungsgebieten, wurde darüber gestagt, daß nur Firmen mit Aufbauverträgen Gelegenheit zum Handel haben. In einer entsprechenden Entschließung wurde verlangt: "Der Handel in Gemüse in den landwirtschaftlichen Bezirken muß für den legitimen Großhandel unter staatlicher Kontrolle freigegeben werden. Zur Kontrolle sind an eine zu bestimmende Behörde von diesen Firmen allgemeinlich Rechte über Berechnung nebst Angabe von Menge und Preis einzurichten. Es muß den konzessionierten Firmen eine allgemeine Berechtigung zum Einlauf von Gemüse in allen Teilen Deutschlands auch in den geplanten Gebieten erteilt werden."

Auch die Frage "Städtische Großmärkte und Großhandel" wurde gestreift. Am allgemeinen wurde im Monopol ein Nachteil für die Allgemeinheit erblickt. Bei der Verteilung durch einen Großhändler sei eine feste Vergütung desselben am Platze, im übrigen in praktischer Betrachtlichkeit alle gleich genommen werden. Herr Eduard Amschläger brachte die Klagen gegen den Leipziger Fleischmarkt und den städtischen Verkaufsvorsteher zur Sprache und wies dabei auf die belauerten Ratsbroschüren hin, die nicht der Wahrheit entsprachen. Herr Haus Amschläger verleidete den Ratsstandpunkt. Zum Schluß seiner Ausführungen äußerte er unter allgemeiner Beifall den vielsagenden Wunsch, "daß der Großmarkt in Leipzig auch nach dem Kriege bestehen bleiben möge, denn so gut wie es das jetzt geht, werde es uns nie wieder ergehen!" Eine zu diesem Punkte angenommene Resolution befand den Einzug, die städtischen Großmärkte und Verteilungsstellen nicht einzelnen Personen zu übertragen oder aber jolche Personen gegen feste Vergütung anzustellen.

Was bleiben die Zwiebeln?

Wie steht in Leipzig Zwiebeln laufen will, der muß die Exposition machen, daß das so gut wie unmöglich ist. In den Markthallen sind keine Zwiebeln auszutreiben, und die Händler erklären den Käufern, daß sie selbst gern Zwiebeln kaufen möchten. Die gleiche Zwiebelnot wird auch von den Märkten anderer Städte berichtet. Die Konsumanten erleben wieder einmal bei den Zwiebeln, was sie während des Krieges so oft mit andern Waren erlebt haben. Wo bleiben die Zwiebeln? Von Großhändlern wird vorstehend, daß in den Gebieten, wo die Zwiebelproduktion einheimisch ist, außerordentliche Vorräte von Zwiebeln liegen. Die Erzeuger dürfen aber die Zwiebeln nicht verlaufen, weil sie von den Behörden beschlagnahmt sind. Alle Bemühungen der Händler, die Erlaubnis zu dem Anlauf von Zwiebeln zu bekommen, sind fruchtlos. Welchen Zweck die Behörden mit der Beschlagnahme und der Juristaltung der Zwiebeln verfolgen, das läßt sich nur vermuten. Wenn aber die Zwiebeln zu anderen Zwecken als zu denen der Ernährung gekauft werden, dann hat wohl die Bevölkerung auch ein Recht, daß ihr ungehemmt gelöst wird, warum die Zwiebeln nicht für die Ernährung freigegeben werden können. Ein Händler meinte zur Zwiebelversorgung: Es gibt nur noch Kriegsgesellschaften, Großküche und Schlechthandel, und Zwiebeln sind nur noch im Schlechthandel zu haben. Als Folge davon seien die Preise für Zwiebeln ganz außerordentlich. Am vorigen Jahre kosteten die Zwiebeln in Leipzig der Jenauer noch 7 bis 8 M., vor 14 Tagen wurde der Jenauer in Leipzig mit 17 M. gehandelt und bald darauf kostete er schon 30 M. Das ist eine Wirkung der Beschlagnahme durch die Behörden. Ob es keinen Schutz für die Konsumanten gegen solche behördliche Fürsorge gibt?

Zucker für Säuglinge.

Das sächsische Ministerium sagt in einer Bekanntmachung: "Wie mit Verordnung vom 22. Oktober 1917 bekanntgegeben worden ist, können die neuen Zuckerarten der Reihe 7 wegen Transport Schwierigkeiten erst einige Tage nach dem 1. November beliefert werden. Um jedoch in der Zwischenzeit eine Beeinträchtigung der Säuglingsernährung zu vermeiden, wird folgendes angeordnet: Die für Kinder unter einem Jahre angezeigten beiden Zuckerarten können mit ihrem ersten Pfundabschluß bereits vom 1. November 1917 an beliefert werden. In diesem Zweck sind die Farben vorher bei der vom zuständigen Kommunalverband zu bestimmenden Stelle vorzulegen. Dazu ist der Nachweis zu erbringen, daß die Borauszeichnung sofortiger Belieferung nach § 1 gegeben ist. Die zur sofortigen Belieferung zugelassenen Farben sind durch Abtempeln des Stammbuches und des Belegsangsblattes kenntlich zu machen. Da die Preise, zu denen der Zucker im neuen Wirtschaftsjahr abzugeben ist, noch nicht feststehen, wird der Kleinverkaufspreis für den nach dieser Verordnung abzugebenden Zucker mit 10 Pfg. für 1 Pfund, ohne Abschluß aus der Sorte, festgesetzt." Weiter wird amtlich mitgeteilt, daß durch die Verjährung der Zuckerbelieferung keine Verkürzung der Güterrotation eintrete, der Zucker wird vielmehr nachgeliefert.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 2. November.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Margarine: abzugeben Landesfettmarke Q mit dem Aufdruck „50 Gramm Butter oder sonstiges Spezialfett, Stadt Leipzig, Mon. November 1917“, und rosa Zusammargarinemarken F 1—4.

Angabe: Brot oder Brotzähnlichkeit: Beginn — besteht mit 7 E, K und S der Lebensmittelkarte 21, I und Fleischmarkenstreifen G 1—4.

Butter: Beginn — besteht mit Marke N der Landesfettmarke 21, I.

Marmelade: Besteht mit 8 E und K der Lebensmittelkarte 21, I.

Zuckerarten, Landes-Süßkartoffelmarken und Zuckerkarten: Nr. 1801 bis 2000 der Handelskarte.

Für Händler.

Fleisch: bis mittags 12 Uhr Markenablieferung durch den Fleischer.

Weise Wohnen: Bezugnahme durch die Kleinhändler bzw. Obmänner und Vorlegung an die Verteilungsstelle für Brot und Gruppen, Schalter 10.

Zum Wünseverkauf schreibt das Amtsgericht: Von verschiedenen Seiten ist angeregt worden, die Bestimmung fallen zu lassen, daß neben der Bänkelerie auch für jedes Pfund Schichtgewicht von Bänken 4 Stück Zehntelanteile der Fleischkarre abzugeben sind. Dieser Anregung kann, wie das Landeslebensmittelamt mitteilt, nicht stattgegeben werden, da der Zweck der Bestimmung ist, die Versorgung eines Teils der Bevölkerung mit Bänken der Gesamtfleischversorgung nutzbar zu machen. Die Verpflichtung über die Fleischmarkenabgabe beim Kauf von Bänken ist insofern weitgehend erleichtert, als die Möglichkeit offen gelassen ist, die Fleischmarken auch über ihre Gültigkeitsdauer hinaus beim Bezug von Bänkeln abzugeben, so daß die Bezieher in der Lage sind, die auch vor längerer Zeit gesparten Fleischmarken noch abzugeben. — Neben die Brotzähne für Bänke herreicht vielleicht Unklarheit. Es beträgt der Höchstpreis beim Verkauf einer ganzen, ungeöffneten, gerupften sohne Schnauzenfleischkarre 14 M. für das Pfund. Angeschlagt darf Bänkelerie nur in folgenden Teilen verkauft werden: Rumpf mit eingewachsenen Knöchen einschließlich Leber, Rumpf mit eingewachsenen Knöchen einschließlich Leber 7 M., für Klein 2 M., für Zett 11 M. für das Pfund.

Die Reformationsstelle in Leipzig. Schon seit längerer Zeit hat Leipzig eine Reihe Veranstaltungen, mit denen die 400jährige Reformation gefeiert wird. Da ist zu nennen die Lutheransetzung im Alten Rathaus, eine große Auszahl Vorführungen, Theatervorstellungen, Konzerte usw. Am 31. Oktober erreichte die Feier ihren Höhepunkt. Am Tage vorher war in den städtischen Schulen der Unterricht ausgeschlossen, damit sandten Schulfesten statt. Auch in den höheren städtischen Schulen wurde die Reformation entsprechend gefeiert. In der Stadt waren es natürlich die katholischen Verbünden und katholische Vereine, die das Reformationsfest feierten. Bei der diesjährigen Feier lebte ein Brauch aus früherer Zeit wieder auf, sogenannte Kurrendesänger durchzogen am Morgen des 31. Oktober verschiedene Straßen der Stadt, wobei sie geistliche Lieder sangen. Der evangelische Bund hatte am Lutherdenkmal eine Feier veranstaltet und im Böttcherstraße Denkmal wurde ein Konzert gegeben. Eine große Festversammlung in der Albertshalle beschloß die Feier des Reformationsfestes.

Zur Erhaltung höherer Schulbildung für Volksschüler. Bei der Beratung über Schulamt und höhere Schulen wurde im Stadtvorordnetenkollegium am 25. April d. J. vom Stadtvorordneten Siemann ein Antrag eingereicht; nachdem das Kollegium den Rat erfuhr, eine Vorlage anzuarbeiten, die begabten Schülern und Schülerinnen der Oberklassen in den Volksschulen die Erhaltung höherer Schulbildung auch im Falle der Wiederrichtung ermöglichen soll. Zur Bekämpfung wird der Antragsteller auf das Vorgehen der Regierung wiederkommen, die die Vorbereitung einer Vorlage anzuarbeiten, die den zuständigen Ausschüssen vorgelegt werden können. Das Material soll dann zu einer Vorlage für die Stadtvorordneten verarbeitet werden, die noch in diesem Jahr im Stadtvorordnetenkollegium zur Beratung gestellt werden soll. Es besteht die Hoffnung, daß der Plan bereits zu Ostern 1918 verwirklicht wird.

Feuer in der Schimmelchen-Pianosortenfabrik. Am Mittwochmorgen waren in der Schimmelchen-Pianosortenfabrik in Leipzig-Stötteritz eine große Menge Holz in Brand geraten. Das Maschinenzimmer und der Maschinenraum sind vollständig ausgebrannt. Tont ist nur ein großer Materialschaden entstanden. Die Feuerwehr holte die ganze Nacht hindurch und auch heute vormittag noch mit den Lösch- und andern Aufräumarbeiten zu tun. Die Ursache des Brandes ist zur Zeit noch nicht festgestellt.

Teuerungsanlage für das Personal der städtischen Theater. An einer Vorlage an die Stadtvorordneten schlägt der Rat vor, allen Bühnenangehörigen der städtischen Theater, einschließlich der Orchestermitglieder, eine gleichmäßige Teuerungsanlage zu gewähren, die Verheiratete monatlich 30 M. und 3 M. für jedes Kind beitragen soll, für Ledige aber 25 M. An Betracht kommen von Bühnenangehörigen 26 verheiratete und 24 ledige Solisten, 28 verheiratete und 43 ledige Chormitglieder, 1 verheiratetes und 25 ledige Ballettmitglieder sowie 8 verheiratete und 1 ledige von sonstigen Angehörigen, zusammen 73 Verheiratete (mit 47 Kindern) und 92 Ledige. Derner vom Operetten-Orchester 20 Verheiratete (mit 26 Kindern) und 1 Ledige, sowie vom Stadtorchester 51 Verheiratete (mit 30 Kindern) und 9 Ledige. Der Gefambitrag der Julage würde sich auf jährlich 86 148 M. belaufen. Da die Anlagen ab 1. Juli 1917 gewährt werden sollen, so erachtet der Rat eine Nachbewilligung von 43 074 M. für das 2. Halbjahr 1917.

Genaue Wohnungsausgabe bei Besuchen. Unter der großen Anzahl von Besuchern aller Art, die täglich bei der Kriegsamtsstelle Leipzig eingehen, befinden sich häufig solche, die nur den Wohnort des Besuchstellers, nicht aber Straßennamen und Hausnummern tragen. Dadurch machen sich Erhebungen nötig, die die Erledigung der Besuche nicht unwesentlich verzögern. Am Interesse der Besuchsteller wird diesen deshalb zur dringenden Pflicht gemacht, alle Eingaben an die Kriegsamtsstelle mit genausten Wohnungsausgaben zu versehen, auch eventuell Änderungen in den Fernsprechanschlüssen zu vermerken.

Erhöhung der Bäderpreise. Die Leipziger Bäderanstalten erhöhen alle Bäderpreise um 15 Prozent. Die Entfernung von Badewässer soll eingeschränkt und die Leihgebühr soll erhöht werden.

Der Rektoratswechsel an der Leipziger Universität. Bei dem offiziell am 31. Oktober an der heutigen Universität stattfindenden

Rektoratswechsel wurde in diesem Jahre der Geheime Kirchenrat Professor Dr. Rudolf Kittel als Rektor für die Universität Leipzig für das Studienjahr 1917/18 gewählt. Am vergangenen Jahre war Geheimer Hofrat Professor Dr. Stieda Rektor der Universität.

Geschmacksverirrung. Wir lesen in einem bürgerlichen Blatte folgende Notiz, die wir mit kräftiger Unterstrichnung wiedergeben:

"Durch die Blätter ist unwiderrührbar die Nachricht gekommen, daß vor einigen Tagen ein Mann den Sprung von der Spitze eines der Kölner Domtürme wagte, der zu kinematographischen Zwecken aufgenommen wurde. Man kann kaum annehmen, daß das Kölner Domkapitel oder die Kölner Domgemeinde als Besitzer des Domes vorher fragt und mit dieser Benutzung des Domes zu Sensationszwecken einverstanden gewesen sind, vielmehr muß man glauben, daß sie von der Absicht des fahnen Springer nichts wußten. Allein die Tatsache an und für sich bedeutet die Verfehlung der kinematographischen Dramatik nach einer Richtung, die wir doch lieber den Amerikanern überlassen sollten. — Es ist noch erinnerlich, daß vor einigen Wochen ein glaubensstarker Erfinder, der einen neuen Fallschirm ausprobieren wollte, als Abprung die Siegesgäule benutzt und zu seinem Versuch ebenfalls verschiedene Auswirkungen eingeladen hatte. Der Erfinder verbrannte sich die Flügel, das heißt, der Fallschirm funktionierte nicht und der Unfallstürke landete mit zerstörtem Oberschenkel auf dem Messiasplatten vor der Siegesgäule. Alles wurde getreu und geschildert, auch der sehr schreckliche Vorgang und die Hemmungslosigkeit hätten den Todesturm, wie sie antändigen, am Abend desselben Tages dem Publikum ohne Bedenken vorgeführt und wahrscheinlich auch das entsprechende Publikum gefunden, wenn sich die Behörde nicht ins Mittel gelegt und die Vorführung verboten hätte. Der Sprung von dem Domturm ist dem Wagenhalsen gegolten, aber die Verkopplung des Wagenhalsen am Rhein mit der waghalsigen Flucht des 'Jacobs' ist eine ausgezeichnete Geschmacklosigkeit."

Heldverpachtung. An der Friedrich- und Feldstraße in Leipzig-Moskau sind etwa 50 Heldabteilungen zum Kleingemüsebau ein vierjährige hiesige Einwohner zu vergeben, gegen Bezahlung eines Quadratmetres von 1 Pfg. für 1 Quadratmeter. Bewohner werden unter Vorlegung des Steuerzettels und Wohnungsscheines im städtischen Vermessungsamt, Stadthaus, Zimmer 848, angenommen.

Der Mißbrauch des Vermerts „Feldpost“ ist krasbar. Amtlich wird und mitgeteilt, daß trotz wiederholter Warnungen immer noch zahlreiche Fälle mißbräuchlicher Anwendung des Postortsfreies „Feldpost“ vorkommen. Dieser Vermert ist nur bei solchen Sendungen zulässig, die entweder von Heeresangehörigen allein ausgetragen oder an sie gerichtet sind und dabei lediglich Privatangelegenheiten der Heeresangehörigen betreffen. Privatpersonen, die im Postverkehr untereinander den Vermert „Feldpost“ auf ihre Sendungen setzen, haben neben der Bestrafung wegen Postohinterziehung auch noch Gefangenstrafe wegen Verfälschung zu gewärtigen, wenn sie, um die Zulässigkeit der Postfreiheit vorzutäuschen, statt des eigenen Namens einen fremden als Namen des Absenders auf der Sendung angeben.

Der Rols wird wieder teurer. Der Rat gibt die Erhöhung der Preise für Rols aus den städtischen Geschäften sowie der Preise für die Zustellung von Rols bekannt und meist gleichzeitig auf die Wiedererzeugung von Rols hin. Alles Nähere ist auf der heutigen Bekanntmachung zu erschauen.

Versteckung von Gemüse an Großverbraucher. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit, daß Anträge auf Ausfälle von Gemüse usw. immer nur an die Organe der Reichsstelle, also an die Provinz, Provinzial- und Bezirksstellen, zu richten sind.

Abschaffung von Marmelade usw. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst weilt die Hersteller von Marmelade, Sauerkrant, Dörrgemüse und Konserven nachdrücklich auf das bestehende Abschaffungsvorrecht hin. Die Überwachungsbeamten der Reichsstelle prüfen die einzelnen Betriebe. Sollten von Ihnen Verstöße gegen das Abschaffungsvorrecht festgestellt werden, so hat der Fabrikant die durch das Gesetz vom 5. August 1916 festgesetzten schweren Strafen zu gewärtigen.

Die Gutscheine zur Verbilligung der Vollmilch für stillende Mütter und Kinder bis zu zwei Jahren zu den Vollmilchfakturten des Betriebs 21 sind in der Zeit vom 1. bis zum 5. November unter Vorlegung der Handelskarte und des Wohnungsmeldeschein in den zuständigen Kartenausgabestellen abzuholen. Wer die Gutscheine nicht bis zum 5. November abholt, verliert den Aufpreis davon.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthof. Freitag, den 2. November, von 8—10 Uhr Verkauf nur an Fleischwaren; von 10—11 Uhr an die Nummern 11001 bis 11500; von 11—12 Uhr Nr. 11501 bis 12000. Passendes Kleingeld und 4 Fleischmarken G sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkaufte heute Mindelknochen an die Nummern von 72001 bis 78500.

Freibank I: Heute Nr. 2161 bis 2870; Freibank II: Nr. 2001 bis 2555.

Neue Bekanntmachungen. Die in der heutigen Ausgabe abgedruckten neuen Bekanntmachungen betreffen: Margarineverteilung; Ablieferung der Seifenarten; Auszahlung der Kriegsunterstützung beim Pflegamt; Lieferung von Zucker an Säuglinge; freiwillige Ablieferung von Kupfer und Kupferlegierungen.

Polizeinachrichten.

Für 28 500 Mark Pelzwaren sind durch Ladeneinbruch in Frankfurt a. M. in der Nacht zum 24. Oktober gestohlen worden, und zwar ein Breitschwanzmantel mit blauem Futter; eine graue Nachzargenart, Muff und Kratze; eine graue Eignatur in schwarz, ein kreuzförmiger Seefuchskragen und Muff; eine blaue Mollendarrawatte mit blauem Band; zwei graugefütterte Weißfischäste; ein Kolinhydrat mit Muff; zwei graue Nachzäuse und 10 Nachzäuse in braun, grau und schwarz.

Wem gehört der Diamantbannring? Wem gehören zwei Schlagschalen mit Perlen? In Verwahrung der Kriminalpolizei befindet sich ein ehemaliger goldener Diamantring, besetzt mit drei größeren und vier kleineren Diamanten. Die größeren befinden sich in sogenannten Missgriff-Bastungen. Außerdem sind im Leichhofe verschlagnahmt worden zwei goldene Schlagschalen mit je einer kleinen echten Perle von nicht besonderem Wert. Diese Säcken führen höchstwahrscheinlich von Diebfählen her und können im Zimmer 102 besichtigt werden.

Schadensfeuer. Am 29. Oktober, nachmittags nach 4 Uhr, ist im Dachgeschoss einer Niederlage in der Mitterstraße im Lagerraum einer Rauchwarenfirma Neuer ausgetragen. Es wird Brandstiftung vermutet. Die Feuerwehr hatte 1½ Stunden zu tun, ehe jede weitere Gefahr beseitigt war.

Diebstahl einer Porzellandoose in Frankfurt a. M. Aus einem Antiquitätengeschäft in Frankfurt a. M. ist am 24. September eine lästige vierzehn Porzellandoose (mit Blumen bemalt und bronzen vergoldeter Montierung) im Werte von 400 M. gestohlen worden.

Volkshaus

Aus der Reichshauptstadt.

Die „guten Absichten“ eines Kaufmanns.

Bei dem Kaufmann Jacques Vorhadt beschlagnahmte die Polizei 14 Schinken, einige Zentner Wurst, ebenso Reis, Honig in großen Mengen, sowie mehrere Schaf Eier. Der Kaufmann hatte sich jetzt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Es wurden vom Anwalt 10.000 Mk. Geldstrafe beantragt. Rechtsanwalt Dr. Schmidt machte geltend, daß der Angeklagte etwas Gutes habe wissen wollen, indem er die fraglichen Lebensmittel gekauft habe, um, wie es große Werke auch zu tun pflegen, seine 40 Beamter mit solchen zu versorgen. Das Gericht erkannte auf 5.000 Mk. Geldstrafe.

Ein Ei für den ganzen Monat. Ein Ei wird im November aus jedem Einwohner verhaftet. Die Zentralkaufsgesellschaft hat den Verkaufspreis für ein Ei von jetzt an auf 18 Pf. festgelegt.

Butterschlebungen. Der Kaufmann Grüner, der früher als Einläufer für Lebensmittel bei der Gemeinde Friedrichsfelde angestellt war, wurde von einem Beamten des Kriegswirtschaftsamtes verhaftet, als er im Begriff war, 10 Zentner ausländischer Butter, die in Objekten verpackt war, weiterzutransportieren. Außer Grüner wurden noch drei andre Männer, darunter ein Angestellter des Friedrichsfelder Magistrats und der Zentralkaufsgesellschaft, verhaftet, vorläufig aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bücher mit Gewürzen. Für die in Deutschland genommenen Wurstläden und Gewürze, wie Majoran, Koriander, Kümmel usw., werden zur Zeit ganz übermäßig hohe Preise gefordert. Wie das Kriegswirtschaftsamt mitteilt, kann man sich mit Mühe auf die vorgeschriene Jahreszeit einer Erfolg von befundenen Maßnahmen, wie Beschlagnahme, Ablieferungszwang, Höchstpreisen und dergleichen, nicht verschreiben. (Warum wurde denn nicht früher eingeschritten? Red.) Dagegen sind die Preisprüfungsstellen beauftragt, mit aller Einschleidigkeit dem Preiswucher auf diesem Gebiete auf Grund der bestehenden Kriegsverordnungen, insbesondere der Preiswucherordnung, entgegenzutreten. Unter Umständen wird auch die Beschlagnahme einzelner Posten durch die zuständige Behörde oder die Entziehung der Handelslizenzen gegenüber den Beteiligten in Betracht kommen können.

Nichtrönen für den Brennstoffverbrauch. Zur Einschränkung des Brennstoffverbrauchs für Haushalte werden jetzt vom Reichskommissar für die Kohleverarbeitung die „Nichtrönen“ mit Unterlagen zu Markblättern über Heizung, Lüftung und Warmwasserbereitung an die Gemeinde- und Kommunalverbandsvorstände versandt. Die Einschränkung der Heizungsheizung soll ohne die Beeinträchtigung der Gewerbsfähigkeit der Wohnungsinhaber durchgeführt werden; muß wegen Betriebs eines Haushaltswesens (Verteilung von Zimmern, ärztliche oder wissenschaftliche Praxis) mehr als die Hälfte der Wohnungenräume geheizt werden, so soll dem Rechnung getragen werden. Bei Häusern mit Sammelheizung ist darauf zu achten, daß Badzimmer, Korridor, Schrank- und sonstige Zimmer zum Teil ungeheizt bleiben können; Räume, die nur Aufbewahrungszwecken dienen, fallen nicht unter den Begriff Wohnräume. Es wird darauf hingewiesen, daß Haushalter und Mieter mit gelegentlich bürgerlichen Visionen, namentlich in den Einzelwohnhäusern zu rechnen haben. Endlich soll noch die Frage der Warmwasseraufgabe von kommunaler Seite geregelt werden. Jeder Benutzer einer Warmwasseraufbereitung soll wöchentlich über ein warmes Bad und über soviel Warmwasser verfügen können, wie zu den täglichen Reinigungsarbeiten im Haushalt notwendig ist. Die Kommunalverbände dürfen hierbei die Warmwasserbereitung auf einige Tage in der Woche oder auf einige Stunden täglich beschränken. Als Ertrag der auffallenden Haushäder sollen die öffentlichen Badegelegenheiten in verstärktem Maße herangezogen werden.

Die Einbrecher, die Mitte September in der Sowjetmühle Straße bei Löwenberg u. Co. für 30.000 Mk. Seidenwaren, Pelze und dergleichen stahlen, wurden verhaftet.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Wurz (bei Taucha). Niedergebrannt sind in der Nacht zum Sonntag Scheune und Stallung des Gutsbesitzers Gütsel. Auch ein Schwein mit acht Ferkeln fiel dem Brande zum Opfer.

Altenburg. Wildfleischverteilung. Zur Vermeidung des Andrangs bei dem Verkauf des Hosenfleisches erfolgt die Abfertigung der Käufer nach der Reihenfolge der Butterabholung. Der Verkauf findet in den nächsten Wochen regelmäßig von mittags 1 Uhr an bis zum Bodenschluß bei den Wildhändlern Otto und Schönberg statt. Wer seinen Anteil nicht im Laufe dieser Woche abholen kann oder will, wird ihm bestimmt noch erhalten; nur ist es erforderlich, daß er an dem für die Butterabholung bestimmten Tage erscheint. Lebensmittelkarten sind mitzubringen.

Festsetzung der Mehlarbeitsmenge. Die jeder Person zulämmende tägliche Mehlmenge ist auf 200 Gramm festgesetzt. Demgemäß dürfen auf den Einzelabschnitt einer Brotpartei trotz anders lautenden Aufliecks 100 Gramm Brot oder 50 Gramm Weißbrot oder Käsebrot oder 70 Gramm Misch- oder Weizencrème abgegeben werden.

Öffnen. Die Fleischkartenverteilung wird freitag, den 2. November, von 8 bis 12 und von 3 bis 5 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses für sämtliche Straßen vorgenommen. — Die Ausgabe der Brotkarten geschieht Sonnabend, den 3. November, ebenso zu der oben angegebenen Zeit für alle Einwohner.

Delikat. Quarkverkauf. Sonnabend, den 3. November, werden im Konsumverein, Moltkestraße, auf Abschnitt 131 für jede Person 80 Gramm Quark an die dort eingetragenen Kunden abgegeben. Vollständigenabschritte gelten voll.

Höchstpreise für Mehl. Mit dem 1. November ist der Höchstpreis für Mehl, Rasslinade und Würfelszucker auf 10 Pf. festgesetzt worden.

Petroleum wird für den Monat November gegen Karte verausgabt: Heimarbeiter für 1. bis 10. November 1 Liter, für 11. bis 20. November 1 Liter, für 21. bis 30. November 1 Liter; Haushaltungen ohne Gas und elektr. Licht für 1. bis 10. November ½ Liter, für 11. bis 20. November ½ Liter, für 21. bis 30. November ½ Liter; alle übrigen Haushaltungen für den ganzen Monat ½ Liter.

Bei freiwilliger Ablieferung von Einrichtungs-Gegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen

Stdt. aufs. soeben eingegangener Anordnung des königl. preußischen Kriegsministeriums der Aufschlag von 1 Mk. für 1 Kilogramm Metallgewicht, der nach den bisherigen Bestimmungen nur bis zum 31. Oktober d. J. bezahlt werden sollte, neben dem Übernahmepreise bis auf weiteres noch fortbezahlt.

Leipzig, am 20. Oktober 1917.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Neue Geschichten aus dem Tierleben

von Arno Marx, gebunden 1.90 Mk., empfohlen

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Sächsische Angelegenheiten.

Verband Sächsischer Industrieller.

Von der Hauptversammlung des Sächsischen Industriellenverbands vom 28. Oktober müssen wir noch einen Auszug aus einer Rede Stremann annehmen und eine Entschließung nachtragen:

„Niemand würde uns — so führte Herr Stremann aus — einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen bieten, wenn die Russen in Breslau und die Franzosen am Rhein stünden. Friedrich der Große habe in einem großen schweren Kampfe gestanden, auch ihm sei es wiederholt sehr schlecht gegangen, aber er habe nie Friedensangebote gemacht. Unsre Staatsmänner müßten eine diplomatische Offensive ergreifen und auf die Reden der englischen Staatsmänner, die nicht auf England, sondern auf Deutschland berechnet seien, innerhalb 48 Stunden antworten. Wir sind nicht nur militärisch die Sieger, sondern wir beginnen auch wirtschaftlich das Gleichgewicht wiederherzustellen. Ohne den ungetümten U-Boot-Krieg würde die Zeit nicht für uns, sondern für unsere Feinde arbeiten. Wir kommen nicht zum Frieden, weil wir ihn zu oft angeboten haben. Wir müssen seatisch und wirtschaftlich durchhalten, dann wäre der Frieden nicht mehr sehr fern. Außerdem würde gerade der Industrie dies Durchhalten schwer gemacht. Gewisse Landesteile würden auf Kosten anderer bevorzugt. Es geht nicht an, daß heute eine Überhöhung der Industrie in Rheinland und Westfalen erfolge und man ja Sachsen das Blut entziehe. Nicht die Anzahl eines Landes, sondern die industrielle Leistungsfähigkeit müßte maßgebend sein für Vergabe der Heeresaufträge. Der Grundsatz, daß nur die leistungsfähigen Betriebe erhalten bleiben sollten, dürfte nicht in nächster Brutalität durchgeführt werden.“

Redner wandte sich dann gegen die Zwangswirtschaft, denn nicht sie, sondern die Privatwirtschaft habe uns den Weltmarkt erobert. Er wandte sich dann gegen Rothenau, den er als einen Schriftsteller der Sozialdemokratie bezeichnete und betonte, daß, wenn wir seit 1851 die F. G. V. und die jüngsten Zwangswirtschaftsgebäude hätten, dann in der Welt kein Reich gegen uns bestünde. Er forderte ferner, daß die Übergangswirtschaft möglichst bald beendet werde. Einzig dürfe die Übergangswirtschaft nicht dauern. Die Kriegswirtschaften müßten nach und nach aufgelöst werden, schneller als sie entstanden seien. Auf die neuen Steuern übergehend, dankte Dr. Stremann dem anstehenden Finanzminister, daß er die auf eine Beteiligung des Reiches an Wirtschaftsunternehmungen größtmöglichen Tendenzen von sich gewiesen habe. Schließlich könne unser Wirtschaftsleben nur in freier Lust, nicht unter staatlicher Aufsicht.

Eine gewaltige demokratische Strömung geht durch Deutschland, die sich nicht aufhalten läßt. Sie richtet sich auch auf Reform der ersten Kammer. Die stabilen Elemente des Staates und Volkslebens seien in ihnen wünschenswert, aber ihr Einfluß dürfe nicht einseitig sein. Eine Mitwirkung der Industrie sei um so notwendiger, als der Kampf um den Weltmarkt bestiger werde je. Die Ergebnisse der Pariser Wirtschaftskonferenz schreiten nicht. Sie lämmen nur einem besieгten Deutschland aufzwingen werden. Belegt aber seien wir nicht, und der Staatsmann, der unsre Haupträder, der Belgien herausgabe, ohne unsre wirtschaftliche Freiheit zu schenken, verdiente an den Folgen gehängt zu werden.“

„Doch die Industriellen diesen Neuerungen lebhaft zustimmen, ist selbstverständlich, obwohl die Stremannschen Behauptungen über die Kriegs- und Wirtschaftslage strenger Artikl kaum standhalten dürfen, den augenblicklichen Aufstellungen der Industriellen sind sie freilich angepaßt. Die angenommene Entschließung lautet: „Der Verband Sächsischer Industrieller ist der Ansicht, daß bei der Still- und Zusammensetzung von Industriebetrieben mit großer Sorgfalt und nur dann vorgenommen ist, wenn tatsächlich eine erhebliche Ersparnis an Kosten, Transporten und Menschen erzielt wird. Zwangswirtschaft und Bindungen sind auf das äußerste Maß zu beschränken, und ihre Tauer über die Kriegszeit hinaus muss grundsätzlich vermieden werden. Die Bestimmung des Zeitpunkts für die Auflösung der bestehenden Zwangswirtschaft muß der Industrie selbst überlassen bleiben. Hinsichtlich der Zusammenlegungen fordert der Verband, daß sie einheitlich an einer Stelle, und zwar im Reichswirtschaftsamt, dem auch in der Übergangswirtschaft bedeutsame Aufgaben aufallen werden, zusammengefaßt, durchgeführt und überwacht, und es muß Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle wichtigen Landesteile und Bundesstaaten gleichmäßig dazu herangezogen werden.“

Über die Verkehrserbroßlung.

Eine Besprechung über die Verkehrserbroßlung des Schnellzugsverkehrs fand am Sonnabend, dem 27. Oktober, im Finanzministerium statt unter Vorst. v. Sendenwitz und unter Beteiligung des Ministeriums des Innern, sowie des Kriegsministeriums mit Vertretern der Handels- und Gewerbekammer, des Verbands Sächsischer Industrieller, des Verbands reisender Kaufleute Deutschlands und des Vereins Versicherungsbewilligter im Königreich Sachsen. Hierüber wurden die in der Öffentlichkeit mehrfach befragten Vorträge der neuen Kriegsmaßnahmen erörtert und verschiedene Abhandlungsvorschläge vorgebracht. Die Regierung legte eine eingehende Erwähnung dieser Aussagen zu.

Was wird dabei herauskommen?

Zur Nachwahl im 3. sächsischen Reichstagwahlkreise.

Wie die Zittauer Morgenzeitung zu melden weiß, soll als konkurrierender Kandidat vorwiegendlich der Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Herrmann in Baugau vorgesehen sein. Er ist Vorsteher des Konservativen Vereins in Baugau und soll schon seit Jahren zum Nachfolger Gräves aussehen gewesen sein.

Bücher mit Kümmel.

Die Dresdner Nachrichten vom 31. Oktober enthalten folgende Notiz:

„Ein unerhörter Preiswucher wird zur Zeit mit Kümmel geübt. Für den Zentner werden bereits 1200 Mk. gefordert, ein Beitrag, der den Friedenspreis um mehr als das Zwanzigfache übersteigt.“

Wer recht viel Kümmel zu verkaufen hat, kann bei dem Preise schon durchhalten und das Durchhalten andern predigen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Unterdrückungen in Höhe von 15.000 Mk. hat der Kassierer des Sparvereins in Stollberg, Strumpfwirker Franke, begangen. Über 500 ärmerle Leute sind geschädigt. Franke ist inzwischen gestorben.

Gewerkschaftsbewegung.

Verhandlungen über Kriegsteuerungsabzüge im Schneidergewerbe sind zum Abschluß gekommen. Es handelt sich um Vereinbarungen, die für das ganze Reich getroffen sind und die sich auf die Herren-, Damen- und Uniform-Mühlhänder erstrecken. Die Verhandlungen haben in Jena zwischen dem Verband der Schneider und dem Arbeitgeberverband stattgefunden, und noch den Vereinbarungen erhalten für die Dauer des Krieges noch Friedensabschluß ist eine einmonatige Abfindung angängig vom 12. November an die männlichen Arbeiter einen Aufschlag von 10 Pf. für die Stunde, was für den Tag 1 Mk. bzw. 6 Mk. für die Woche ausmacht. Die Stundlohnsätze für Altförderarbeiter sind entsprechend erhöht. Hier hat man die sogenannten Großstädte in drei Gruppen eingeteilt, für die die Zulagen in folgender Weise geregt sind: 1. Gruppe (Lebereicher, Gehörke usw.): 4 Mk. für das Stück; 2. Gruppe (Dresden usw.): 3 Mk.; 3. Gruppe (alle übrigen Städte): 2 Mk.; und schließlich höhen und Welsen: 1 Mk. Arbeitnehmer erhalten eine Zulage von 6 Pf. für die Stunde. Die allgemeine Lohnverhöhung, die am 1. März eingetreten ist, bleibt natürlich bestehen.

Mahregelung eines Gewerkschaftsredakteurs. Die Internationale Korrespondenz teilt mit: Der internationale Sekretär und Redakteur des Kürschner, A. Megge, tritt am 1. Januar 1918 von seinen Stellungen zurück. Megge war mit dem Verbandsvorstand und den Beisitzern des internationalen Kürschnersekretariats in Meinungsverschiedenheiten geraten, weil er vom Standpunkt der extremen Parteiopposition aus die Kriegs- und Gewerkschaftslogen behandelte und dadurch das weitere Ergehen des Kürschnergeschäfts gefährdet sah. Die Verbandsinstanzen verlangten daher, daß ihm die Möglichkeit gegeben werden sollte, den Kürschner vor seinem Er scheinen durchzusehen, n. die Aufnahme von Artikeln zu verhindern, welche die Verbandsinteressen schädigten. Da Megge sich dieser Forderung nicht unterwarf wollte, hat er seine Amtszeit gekündigt und scheide aus ihnen aus.

Genosse Megge sollte also unter die Censur der Verbandsinstanzen gestellt und es sollte ihm unmöglich gemacht werden, seine Ansicht in Kriegs- und Gewerkschaftsfragen im Kürschner zu äußern. Daß er sich diesen schwachvollen Bedingungen nicht unterwerfen konnte, ist selbsterklärend, und es liegt hier eine Mahregelung vor, die besonders scharf zu verurteilen ist. Was werden die Mitglieder dazu sagen? Sie haben das lechte Wort und stehen über den „Ansässen“.

Gerichtsaal.

Schöfengerecht.

Geheimjägerterei. Durch einen Landsleiter hatte sich der Betriebsleiter des Zentraltheaters, Paul Schneemann, heimlich ein zerlegtes Schwein, 180 Pfund schwer, für 324 Mark zu verschaffen gewußt. Während er die Schinken räuchern ließ, verwendete er das übrige Fleisch zur Herstellung von Wurst. In derselben Zeit kaufte Schneemann noch ohne Marken 40 Pfund Kalb- und Rindfleisch von dem Fleischermeister Emil Hofmann von hier. Wegen Zu widerhandlung gegen die einschlägigen Verordnungen wurde der Angeklagte Schneemann vom Schöfengerecht Leipzig zu siebenhundert Mark Geldstrafe verurteilt. Der Fleischermeister Hofmann erhielt wegen Verkaufs von Fleisch ohne Marken 100 Mark Geldstrafe auferlegt.

Briefkasten der Redaktion.

M. R. Die Unterstützung wird nur im Falle der Bedürftigkeit gezahlt. Ob Sie, da Sie arbeiten, Anspruch auf Unterstützung haben, können wir nicht wissen, zumal wir die Höhe des Verdienstes nicht kennen.

H. R. Die Polizeibehörde hat den Sachverhalt festgestellt, und sobald die Untersuchung abgeschlossen ist, muß die Verhandlung der Verbandsgenossenschaft überstandene werden. Sie haben das Recht, Einsicht in die Verhandlung und Abschrift zu verlangen. Wäre eine Rente abgelehnt worden, so hätte man Ihnen unter Aufführung der Grunde Bescheid geben müssen. Fragen Sie die Ortspolizeibehörde an, ob Sie die Angelegenheit der Verbandsgenossenschaft unterbreitet hat.

M. W. Haben Sie Ihren Wohnsitz in Sachsen, so kommt das Sächsische Gesetz über die Fürsorgeerziehung in Frage, nachdem unter ganz bestimmten Voraussetzungen die Fürsorgeerziehung vom Vormundschäftsgericht angeordnet wird. Die angeführten Tatlagen dienen dazu aber nicht ausreichen. Außerdem ist es sehr bedenklich, das eigene Kind, weil es der Mutter nicht folgt und läuft, in Fürsorgeerziehung zu bringen. Außerdem können Sie zu den Kosten des Unterhalts des Kindes herangezogen werden.

A. R. 100. Darüber können wir Ihnen nicht Auskunft erteilen.

B. S. Bottrop. Wenden Sie sich an Genossen Dittmann, Berlin N 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3. Treppen.

G. B. 104. Da ihm die bürgerlichen Ehrenrechte für eine geistige Freiheit aberkannt worden sind, so kann er für die Zeit der Entziehung, sofern er nicht in diese Rechte wieder eingezogen ist, weder gewählt werden, noch besteht er das Wahlrecht. Ein öffentliches Wirken kann natürlich nach Verjährung der Strafe nicht verboten werden, allerdings wird vorausgesetzt, daß dann der Belagerungszustand befeistigt ist.

M. R. Durch die Eheschließung mit einem Deutschen erwirkt die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes. Es muß allerdings eine rechtsmäßige Ehe geschlossen werden.

L. 39. Lungenleiden.

Behem. A. Es kommt darauf an, ob Sie im Felde oder in einer Garnison stehen, da eine bedeutende Einschränkung des Urlaubserlebens eintrete.

Wette. Zur Heirat kann niemand gezwungen werden, auch wenn er verlobt ist. Das Gesetz gestattet daher keine Klage auf Einziehung einer Ehe. Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs bedürfen eheliche Kinder der Einwilligung des Vaters, uneheliche der Einwilligung der Mutter zur Eheschließung. Ist der Vater gestorben, oder stehen ihm die Väter, die nicht zu ihm, so tritt an seine Stelle die Mutter. Als Vater des Kindes besteht für Sie die Unterhaltpflicht. Ein unentlastlicher Bericht des Kindes oder seines Vormundes auf den zukünftigen Unterhalt ist ungültig. Betrug oder Expressum liegen nach Ihrer Schilderung nicht vor.

Vermietungen

Westen.

Vimb, Schillingstr. 16a, II. I., schöne gr. leere Stube soz. g. v.m.

Wie werde ich bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung versorgt?

Von Dammig.

40 Pf.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Neues Theater.
Donnerstag, den 1. November 1917
10. Knecht-Vorstellung (1. Folge, grün):
In der Neuenbühnung
Das Blüt im Winter.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann Zudemann.
Bühnenleitung: Oberstleutnant Adolf Windfuß.
Terpsichore: Wehmann, Ritter einer Gemeinde-Mittelhauses. (Eduard Rommelot); Ottobach, seine zweite Frau (Martha Steens); Selene (Klarissa Lüdem); Freya v. Abend auf Billingen (Kurt Steller); Bettina, kleine Frau (Else Ell); Dr. Erb, Kreisbaumeister (Felix Dörfler); Leonie (Hilfe-Schub); Engel, zwetter Lehrer (Hans Heile-Gödl); Gräfin Leopoldine (Elisabeth Stern); Rosa, Dienstmädchen bei Wehmann (Kathle Menting).
Tante nach dem 1. Akt.
Schauspielpreise. Eintritt 60 Pf., Eintritt 7 Uhr. Ende ungef. 90 Pf.
Schülerkarten ungültig.

Alltes Theater.
Donnerstag, den 1. November 1917
Keine Vorstellung.

Neues Operetten-Theater.
Donnerstag, den 1. November 1917
Reinhell!

Gaukler.
Operette in 3 Akten von Leo Baskin, Musik von Joseph Senn. Dichten von Oberspielleiter Groß. Wohlheit, Kultivierung: Apelmann, Lindenthal Personen: Graf Rudolf Modest, Gutsbesitzer auf Dobitschen (Albert August); Grafin Anna Bodilie, seine Mutter (Wilma Warbeck); Fabrikant v. Dobitschen, sein Sohn (Paul Stoller); Baron v. Hollwitz, d. t. Gutsbesitzer (Eduard Schub); Postbeamter, sein Sekretär (August Möller); Hausfrau, eine Zepplin-Mutter (Theresa Dietz); Daniel, Postbeamter (Paulus Gieseke, Eduard Matzsch); Verlobte (Joseph Trautmann).
Tante nach dem 1. und 2. Akt.
Gewöhnl. Preise. Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Schülerkarten ungültig.
Die Logeslassen im Neuen, Alten und Operetten-Theater sind von 10-2 Uhr geöffnet.

Leipziger Schauspielhaus.
Donnerstag, den 1. November 1917
Gastspiel Union Grandes.
Rum 72. Male

Die Königin der Lust.

Vollstummtheater Vorlese mit Gesang in 3 Akten von Max Reimann und Otto Schmidt. Wicht von Otto Schmidt.
Im Scene gesetzt von Fritz Rogge.
Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.
Personen: Amadeus Lamppe, Stadtrat, ehem. Eisenfabrikant (Anton Fenzl); Brigitte, seine Tochter (Alice Brandt); Peter, sein Sohn (H. M. Lawrence); Tante Julie aus Berleberg (Else Schmidt); M. H. C. Steinermann, Hessenber in Del und Del (Hans Körger); Leo (Eduard Michaelis); Hannschen Bonnbrock, Meiergeldtreter, Kleebello, seine Frau, Lorax Gütern (Steindorf, Helga); Selene (Heister); Melchior, Handviller bei Lamppe (Oskar Gedda); Leo, Anna, Emma, Eva, Klara, Frieda, Mitglieder des Wünschenvereins (Gert Engler, Andreas Schöber, Hertha Schreiber, Margarete Michaelis, Lotte Sanden, Erna Holthaus); Die Freunde (Aurea Glünder); Die Mäuse (Hanna Gräfe); Die Mantisse (Margarete Hünnig).
Der der Handlung: Der Rückzug des Stadtrats Lamppe, in einer saftigen Provinzstadt.
Tänze, einstudierte von Spielleiter Fritz Rogge.
Vorlese nach dem 2. Akt.
Gewöhnl. Preise. Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Dekorb- und Fahrestarten haben Gültigkeit.

Battenberg-Theater

Donnerstag, den 1. November, abends 8 Uhr, zum 51. Male:

„Die Rose vom Rhein“

Schauspiel in 5 Aufzügen nach dem vor kurzem erschienenen gleichnamigen Roman von Erich Friesen.

Freitag: „Die Rose vom Rhein.“ Schauspiel.

Montags 2 Vorstellungen, nachm. 8½, und abends 8 Uhr.

Krystall-Palast
Theater. Farnspr. 2071
Ab heute täglich:
Gastspiel: **Wilhelm Hartstein**
mit seinem neuesten Schlager

,,Der lustige Witwer“
Schwank aus dem Kölner Karneval von W. Hartstein.
Vorher:
Auftritte verschied. erstklassig. Künstler-Spezialitäten

Anfang 1½ Uhr. Gewöhnl. Preise. Dutzendkarten 5.50 M.

Alberthalle
Sonntag, den 3. Nov., abends 8½ Uhr:

Lieder- u. Duetten-Abend von
Gertrud Alfred

Bartsch und Kase.
Am Blüthner: Max Wünsche.
Gesänge von Brahms, Marschner, A. Mendelssohn, Schubert, Hugo Wolf; Duetts von P. Cornelius, Mayerhoff, Mendelssohn, Schumann, Wagner, u. a. Duetts aus „Der fliegende Holländer“.

Volkstümliche Preise!
Karten zu 3, 2, 1½, 1, ½ Mk. b. C.A. Klemm,
Neumarkt 28, und Th. Althoff.

Battenberg
Täglich abends 8 Uhr

Der erstklassige

November-Spielplan

Kartenvorverkauf im Restaur. Battenberg von 10-2 Uhr und im Zigarren Geschäft von Franz Stein, Markt 16.

Hotel Deutsches Haus
Leipzig-Lindenau

Sonnabend, den 3. November, abends 7 Uhr

Vortrag des Hans v. Fehrentheil

über:

Anzustrebende Interessengemeinschaft zwischen Stadt und Land im 4. Kriegsjahr.

Eintritt 1 Mark.

Leipzig :: Gross-Leipzig

Bayersche Strasse 8-10

Dir.: Fritz Westphal

Bayersche Strasse 8-10

Morgen Freitag Eröffnung abends 7½ Uhr

Hagenbeck

Ständige Adresse Hamburg IV
Telegramm-Adresse: Elefantus
Telephon-Anschluss: Hamburg, Gruppe 1 3527

Sonntags :- Mittwochs :- Sonnabends
je 2 grosse Vorstellungen um 3½ und 7½ Uhr

Täglich Abendvorstellung um 7½ Uhr.

Vorverkauf: Hagenbecks Hauptkasse Gross-Leipzig, Telephon 1430 sowie im Zigarrenhaus H. Pressler, Goethestrasse 1 (am Augustusplatz), Telephon 861.



Königs-Pavillon Promenadenstr. 8 Farnspr. 1927 Kasino-Lichtspiele Neumarkt 1926

Ab morgen Freitag:
4. Film der Kronenklasse

Alte Sünden

Immy Valentines :: 2. Abenteuer ::
in 5 Akten.

Vorführungen:
Kasino-Lichtspiele 1/4, 1/6, 1/8 und 3/4 10
Königs-Pavillon 1/7 und 1/9 Uhr.

Wie Schnurzel
zu einer Frau kam
Lustspiel in 2 Akten.

Ferner nur im Königs-Pavillon bis
Donnerstag verlängert nachmittags 5 Uhr
und abends 10 Uhr:

U-Boote gegen England

Das erfolgreiche U-Boot
„U 35“ im Mittelmeer

versenkte 60000 Tonnen in 3 Wochen.
Abschuss der Torpedos vom U-Boot.
Die Laufbahn im Wasser. Der Einschlag im Dampfer. Versinken der
explodierten Schiffe.

Jugend hat nur im Königs-Pavillon von
4-6 Uhr Zutritt

Beerdigungsanst., Sargen.

Bob. Hellmann Matth. Bld. 29
Telephon 4411

,,Pietät“ Matth. Kirchhof 25
Tel. 532 und 14015.

Gebr. Reiche Lk. 21, 48, Käm. 55-56.

Bettfedern, Bettion, Reinigung

H. Oldig, Bldstr. 2,

J. C. Schwartz, Brühl 50, Gg. 1796.

Bildergalerien und

Oswald Klemper, Torgauerstr. 40-a

Erikotte, Kohlen

Ferd. Grabau, N. Tanchau Str. 29

Herm. Haferkorn & Co., Plagwitz.

W. Staude, Vo., Hildeg. II., Kirchstr. 98

Herm. Vogler, Sophienstr. 40.

Eisen- u. Stahlwaren

Haunstein & Krichhof, Brühl 22,

Zeltzstr.

Kleinig & Glasberg, Str. 57.

Dresdenstr. 36.

Alwin Richter, A., Breitestr. 22.

Eduard Shuda, Nürnberg, Str. 9.

A. Wisske, M., Hallesche Str. 216.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich dreimal.

Automaten-Restaurants

Ecke Neumarkt. Goldener Hirsch. Postautomat

Belegte Brötchen à 20 Pf.

Blauer n. Kaffee n. Tee n. Südwine n. Zigaretten.

Cigarrenhandlungen

Osk. Pöhler, Eisenstrasse 28.

Großen, Farben

Richard Helmold, Balfourstr. 24.

M. Springer Nach., L., Gd. Str. 37

Führwesen

Gebr. Reich, Zschöchersche Str.

Färberseife, Wäscherie

Hugo Lüders, Telefon 3336.

Hugo Luckner

Läden in allen Stadtteilen.

Pura, für Teppichreinigung.

Pura, Portieru., Gardinen, Ged.

Bei Einkäufen bestens empfohlen.

Photograph. Artikel

dehr. Grundmann, Burgstrasse 15.

Schuhw., Schuhm.

Göhl, Lindenstr. 15.

Rosenberger, P., Thaler Str. 15.

Strumpfwaren und Tricotagen

E. & F. Feilitzsch, Grimmaische

straße 30.

Euron, Kleiderwaren

M. Klemek Ncl., Nürnberg, Str. 6

Rautius, Fugenlose Trauringe

Zur Trauring-Ecke.

Reichsstr., Ecke Schulmühlestr. 24.

Vermietungen

Gebet 56, Wohnungen in G.

4 Zt., Kt., 2 Räume, u. Zub. M. 250,-

3 Zt., Kt., Zub. M. 450 vor Kriegs-

Zeit.

Wiedersatz

Herm. Fontius, G., Hall. str. 106.

C. P. Gabriel, E. Reichert, u. Golding

Maurer und Arbeiter

werden eingestellt.

Deutsche Flugzeugwerke

Großschober, G., Halle.

Zu melden b. Polizei Quirin.

Maurer

gesucht. Nenban Max

Schmidt, Fichtestrasse 3.

Erdarbeiter

werden j. Baumländer machen

hinter dem Elsterer Park so-

fort gesucht. Zu melden bei

C. Thiele, Leipzig-Vo., Berl.

Wismannstr., Kat.-Nr. 470.

Erdarbeiter(innen)

für Feldarbeit sucht Töpfer,

Karlstraße 20.

Markthelfer

und

Laufbursche

gesucht. Buchhandlung Gustav

Pock, Schloßgasse 7/0.

Hausmann

für kleineren Grundstück in

Leipzig gesucht. Angebote